



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas



SÜDAFRIKA TRIBUNAL

Januar 1975 , Nr.1

1,50 DM

Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Tribunal gegen Kolonialismus und
Apartheid im Südlichen Afrika –
15. Februar 1975 S. 3

Palästina

Yassir Arafat – Rede vor der XXIX. Voll-
versammlung der Vereinten Nationen S. 4 – 11

Iran

Wolfram Brönner
Ölland Persien – Neues Mekka der
westdeutschen Konzerne S. 12 – 17

Vietnam

"Komet" – Der Vernichtungsplan
der Thieu-Clique S. 18 – 19

Zimbabwe

AIB-Interview mit Philemon Makonese
Der Kampf der ZAPU gegen den
britischen Kolonialismus S. 20 – 25

Südafrika-Serie/Teil 3

Alfred Babing
Das Militärbündnis der BRD mit dem
Apartheid-Regime S. 26 – 29

Kurzinformation

USA/Arabische Ölländer, Chile,
Äthiopien, Oman S. 30 – 32

Aktion Schulmaterialien und
Sportausrüstungen S. 32

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer,
Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling,
Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel,
Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Brönner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Brönner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern be-
teiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
L. Bembenek, D. Fendt, B. Hebel-Kunze, M. Hell-
mann, J. Ostrowsky, G. Ritter, W. Ritter, G. und
J. W. Scheer, B. Schwiening

Redaktionsschluß dieser Nummer: 19. 1. 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeige und Beilagen:

- Forum E
- Aufruf der Initiative Internationale Vietnam
Solidarität: Schule in Nam Ha
- Werbekarte des AIB

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

AIB-Aktuell: Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika - 15. Februar 1975

Selten war in den letzten Jahren das Problem Südafrika aktueller als gerade heute, noch nie die internationale Isolierung des Apartheidregimes so stark, noch nie die Angriffe auf die Bundesregierung wegen ihrer Beziehungen zu den Rassisten im südlichen Afrika so heftig.

Nicht nur die Erfolge des nationalen Befreiungskampfes in den ehemaligen portugiesischen Kolonien und die jüngste innenpolitische Entwicklung in Rhodesien/Zimbabwe, auch die Streiks der 12.000 schwarzen Bergarbeiter in den Goldminen nahe Johannesburg und der brutale Einsatz der Polizei gegen die Streikenden haben das Augenmerk der Öffentlichkeit auch im neuen Jahr auf das Südliche Afrika und seine Hauptprobleme: Rassismus und Kolonialismus gerichtet.

Während der Mehrheit der Völker der Welt und ihren Regierungen klar ist - wie es in zahlreichen Boykottbeschlüssen und Resolutionen der UNO zum Ausdruck kommt - daß die Politik der Apartheid und des Kolonialismus den Frieden nicht nur in Afrika bedroht, unterhält die Bundesregierung nach wie vor engste politische und wirtschaftliche Beziehungen. Und: Sie liefert Waffen an die Rassistenregierung der Republik Südafrika (RSA). Immer häufiger mußte die Bundesregierung sich scharfe Kritik und den Vorwurf der Unterstützung des Rassismus und Kolonialismus gefallen lassen; den Vorwurf der Unterstützung für ein Regime, das nicht nur die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung wirtschaftlich, politisch und kulturell unterdrückt, ihre Menschenwürde mit Füßen tritt, sondern auch noch aus ihrem Elend Profite zieht; ein Regime, das nicht einmal seinen todkranken politischen Gegnern das Zugeständnis ärztlicher Behandlung gewährt.

Dies verweigert das Vorster-Regime dem seit 10 Jahren inhaftierten weißen Rechtsanwalt und führenden Mitglied der Südafrikanischen Kommunistischen Partei, Abraham Fischer, der an Krebs und Gehirntumor leidet und für dessen Freilassung sich in der RSA auch Persönlichkeiten wie der Herzchirurg Prof. Barnard einsetzen.

Das "Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika", das am 15. Februar 1975 in Bonn stattfinden wird, will die Interessen der westdeutschen Konzerne und die Rolle der Bundesregierung im Südlichen Afri-

ka untersuchen. Es wird sie der Komplizenschaft bei den von der südafrikanischen Apartheidregierung tausendfach begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit anklagen. Die Veranstalter des Tribunals, das Anti-imperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und die Anti-Apartheidbewegung (AAB), werden darüber hinaus auch die von Kolonialismus und Apartheid direkt Betroffenen zu Wort kommen lassen, damit sie die menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen, den Polizeiterror, die grenzenlose Ausbeutung schildern, die Notwendigkeit des politischen und militärischen Widerstandes begründen und die gegenwärtige Etappe des nationalen Befreiungskampfes darstellen können. ANC und SACTU aus Südafrika, ZAFU und ZANU aus Zimbabwe/Rhodesien und SWAPO aus Namibia werden durch ihre Repräsentanten beim Tribunal vertreten sein. Auch die Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) hat ihre Unterstützung und die Entsendung eines Repräsentanten zugesagt, der die Rolle Südafrikas auf dem afrikanischen Kontinent analysieren wird.

Die Veranstalter betrachten es als eine der wichtigsten Aufgaben des Tribunals, günstige Voraussetzungen für die Entwicklung einer breiten und aktiven Solidaritätsbewegung mit den Völkern des Südlichen Afrika in der BRD zu schaffen.

Eine Solidaritätsveranstaltung am Vorabend des Tribunals unter dem Motto "Völker Afrikas - Eurem Kampf unsere Solidarität", die - im Unterschied zum Tribunal - allen Interessierten offensteht, soll bei der Erfüllung dieser Aufgabe helfen. Bei dieser Solidaritätsveranstaltung, die am 14. Februar 1975 um 18.00 Uhr in der Bonner Universität beginnen wird, werden u.a. Vertreter der Befreiungsbewegungen ANC, ZAFU, ZANU, SWAPO sprechen; außerdem wird der Film: "The last Grave of Dimbaze" aufgeführt.

•••

Das Antiimperialistische Informationsbulletin, das als Mitglied des ASK für das "Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika" ein festgelegtes Kontingent von Karten erhält, bietet seinen Lesern, die am Tribunal als Zuhörer teilnehmen möchten, in beschränktem Umfang Eintrittskarten an. Auskünfte erteilt die Redaktion.

Kontaktadresse für die Vorbereitung des Tribunals ist: ASK, 6 Frankfurt/M., Eichwaldstr. 32, Tel 0611/ 452323

Palästina

Der Auftritt des Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO), Yassir Arafat, am 13. November 1974 vor dem Plenum der XXIX. UN-Vollversammlung war ein historisches Ereignis.

Arafat, der als erster Führer einer nationalen Befreiungsbewegung vor diesem Forum das Wort erhielt, wurde von der Vollversammlung mit allen Ehren eines Staatsmannes empfangen. Der Vorsitzende der PLO geht in seiner fast zweistündigen Rede von den in den vergangenen Jahrzehnten grundlegenden Veränderungen des internationalen Kräfteverhältnisses aus. Es folgt ein historischer Rückblick auf die zionistische Besiedlung Palästinas seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts (dieser Teil ist in unserer Wiedergabe ausgeklammert) und auf die Herausbildung der palästinensischen Widerstandsbewegung. Arafat begründet die Legitimität des Kampfes der Palästinenser und entwickelt - auf der Grundlage des "Politischen Etappenprogramms" der PLO vom Juni letzten Jahres (vgl. AIB Nr. 7-8/1974) - konstruktive Vorschläge zur Lösung der Palästinafrage als Kernstück des Nahostproblems.

Sosehr Yassir Arafats Auftreten vor der UNO das veränderte Kräfteverhältnis in der UNO widerspiegelt, soehr trugen seine Ausführungen zur erfolgreichen Verabschiedung zweier Resolutionen am Ende der Palästina-Debatte bei.

Die erste Resolution (Nr. 741) anerkennt das Recht auf die volle Verwirklichung der nationalen Souveränität des palästinensischen Volkes, d.h. auf Eigenstaatlichkeit. Die zweite Resolution billigt der PLO als erster Befreiungsbewegung einen Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen zu. Die Zuerkennung dieses Status und der faktischen Anerkennung der PLO als einzig legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes kommt einem Votum der UNO dafür gleich, daß die

PLO als ein Hauptpartner bei der Herstellung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu betrachten ist und an der Genfer Nahostkonferenz als gleichberechtigte Kraft vertreten sein muß.

Angesichts der Ovationen der UN-Mehrheit für Arafats Auftritt, angesichts dieses politischen Sieges der PLO und der antiimperialistischen Staaten im Plenum der Vollversammlung spielten Israels herrschende Kreise verrückt. Außenminister Allon tönte, Tel Aviv werde sich nicht um die UN-Beschlüsse kümmern und die PLO weder anerkennen noch mit ihr verhandeln.

Israels UN-Botschafter Tekoah nannte Arafat einen "Gangster", die PLO eine "Mörderbande" und versprach vor dem Plenum: "Die PLO wird dableiben, wo sie jetzt ist - außerhalb des Rechts und außerhalb Palästinas".

In die Defensive gedrängt, reagierte Tel Aviv mit der Mobilisierung aller Mittel für einen neuen Nahostkrieg. Die Regierung Rabin sprach offen über die Vorbereitung eines 5. Krieges. Israelische Truppen wurden am Golan wiederholt in Bereitschaft versetzt und drangen mehrfach in südlbanesisches Gebiet ein.

Die seit der Arafat-Rede nicht abreißende Welle von Demonstrationen, Streiks und Sympathiekundgebungen für die PLO in den okkupierten arabischen Gebieten beantworteten israelische Besatzungssoldaten und Polizei mit blutigen Unterdrückungsmaßnahmen. Innerhalb von zwei Wochen verhafteten sie nach Angaben der Nachrichtenagentur Wafa über 10.000 Palästinenser.

Aber der Ruf nach der Schaffung eines eigenen palästinensisch-arabischen Staates läßt sich nicht mehr unterdrücken. Israel wie seine imperialistischen Verbündeten in den USA und der BRD werden sich dieser Realität beugen müssen.

Yassir Arafat - Rede

vor der XXIX. Vollversammlung der Vereinten Nationen

Herr Präsident,

Ich danke Ihnen für die Einladung der PLO, an dieser Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung teilzunehmen. Und ich danke allen verehrten Mitgliedern der UNO, die dazu beitragen, das Palästina-Problem in das Arbeitsprogramm dieser Versammlung aufzunehmen und beschließen, uns einzuladen, die Sache Palästinas darzulegen.

Die Wiederaufnahme der palästinensischen Frage vor der Institution der Vereinten Nationen ist ein bedeutendes Ereignis. Diesen Schritt betrachten wir als einen Sieg für die Welt-Organisation und die Sache unseres Volkes. Er weist auf eine neue Richtung: Die UNO von heute ist nicht die von gestern, da die Welt von heute nicht die von gestern ist. Die UNO repräsentiert heute 138 Staaten und spiegelt ziemlich deutlich den Willen der internationalen Gesellschaft wider. Sie ist fähig

geworden, ihre Charta und die Prinzipien der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte in die Tat umzusetzen. Sie ist auch fähiger geworden, die gerechten und friedvollen Interessen zu unterstützen. Dies ist es, was unser Volk und die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas heute spüren, es trägt dazu bei, der UNO und den übrigen Völkern größere Achtung zu schenken. Und die Hoffnungen der Völker dieser Erde auf aktive Teilnahme an der UNO in der Unterstützung von Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit und Unabhängigkeit wachsen, wie auch die Hoffnungen zunehmen für die Errichtung einer neuen Welt ohne Kolonialismus, Imperialismus, Neokolonialismus und allen Formen des Rassismus, einschließlich des Zionismus.

Herr Präsident, wir leben in einer Welt, die nach Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit strebt und die erleben möchte, wie



die unterdrückten, unter Kolonialismus und Rassismus leidenden Völker ihr Recht auf Selbstbestimmung ausüben. Diese Welt wünscht, daß die internationalen Beziehungen zwischen allen Staaten auf der Basis der Gleichheit, der friedlichen Koexistenz, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Sicherheit, der nationalen Souveränität, der Einheit und Unabhängigkeit aller Regionen eines Staates stehen, und sie strebt nach gerechten, gleichwertigen, wirtschaftlichen Beziehungen im gegenseitigen Interesse. Sie hofft auch, daß sich das menschliche Streben auf die Bekämpfung der Armut, des Hungers, der Krankheit und der Naturkatastrophen konzentriert. Sie trachtet danach, die produktiven, wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten des Menschen zu entwickeln und zu fördern, seine Schätze zu mehren und die Kluft zwischen den unterentwickelten und hochentwickelten Ländern zu verringern. All dies prallt jedoch auf eine reale Welt, die noch von Unruhen, Ungerechtigkeit, Diskriminierung und Ausbeutung beherrscht wird und die von wirtschaftlichen Katastrophen, Kriegen und Krisen noch immer bedroht ist.

Die Legalität des Widerstandkampfes der unterdrückten Völker

Es gibt immer noch Völker, wie in Zimbabwe, Namibia, Südafrika, Palästina und andere, die Opfer von Aggression, Unterdrückung und Terror sind. Diese Regionen der Welt erleben eine bewaffnete Auseinandersetzung, die ihnen von den kolonialistischen und rassistischen Kräften auf terroristische Weise aufgezwungen wurde. Diese unterdrückten Völker sind gezwungen, sich dagegen zu wehren. Das ist ein

legaler und gerechter Widerstand. (...)

Herr Präsident, die palästinensische Sache ist ein wichtiger Bestandteil dieser gerechten Anliegen, für die die unter Kolonialismus und Unterdrückung leidenden Völker kämpfen. Da mir die Gelegenheit gegeben wurde, unser Anliegen hier vorzutragen, möchte ich es nicht versäumen, dafür zu plädieren, daß diese Chance allen gegen Rassismus und Kolonialismus kämpfenden Befreiungsbewegungen gegeben wird. Im Namen aller, die sich für die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker einsetzen, appelliere ich an Sie, ihrer wie unserer Sache in gleicher Weise die volle Aufmerksamkeit zu schenken. Dies bildet eine grundlegende Stütze für die Sicherung des Friedens in der Welt, für die Errichtung einer neuen Welt, in der alle Völker frei von Unterdrückung, Ungerechtigkeit, Furcht und Ausbeutung leben.

Wenn wir hier vor diesem internationalen Forum zu Ihnen sprechen, so ist dies Ausdruck unserer Überzeugung, daß der politische diplomatische Kampf unseren bewaffneten Kampf ergänzt. Gleichzeitig wollen wir dadurch unseren Respekt für die Rolle der UNO bei der Lösung der internationalen Probleme zum Ausdruck bringen, nachdem sich ihre Struktur gewandelt hat zugunsten der Hoffnungen der Völker und der Lösung unseres Problems, für das dieser internationalen Institution eine besondere Verantwortung zukommt. (...)

Die Gerechtigkeit einer Sache bestimmt die der Waffe

Herr Präsident, diejenigen, die unserer Revolution das Attribut Terror geben, tun dies

nur, um die Weltöffentlichkeit irrezuführen und die Wahrheit zu verschleiern, nämlich unser Gesicht der Gerechtigkeit und der Selbstverteidigung und ihr Gesicht der Ungerechtigkeit und des Terrors.

Die Seite, an der der Waffenträger steht, unterscheidet den Revolutionär vom Terroristen. Wer auf Seiten einer gerechten Sache steht, wer für die Freiheit seiner Heimat und seine Unabhängigkeit gegen Eroberung, Besatzung und Kolonialismus kämpft, auf den kann in keiner Weise das Attribut Terrorist angewandt werden; sonst wäre ja das amerikanische Volk, als es die Waffen gegen den britischen Kolonialismus trug, terroristisch gewesen, sonst hätte man den europäischen Widerstand gegen das Naziregime als Terror bezeichnen müssen, sonst könnte man den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas als Terror bezeichnen. Nein, Herr Präsident, dies ist der gerechte, legale Kampf für den die Charta der Vereinten Nationen und die Deklaration der Menschenrechte eintreten. Derjenige aber, der die Waffe gegen die gerechte Sache trägt, derjenige, der Krieg für die Besetzung der Heimatländer anderer, für ihre Beraubung, Ausbeutung und Kolonialisierung führt, der ist der Terrorist, und seine Taten müssen

schuldvolle Taten sein, für die das Attribut Kriegsverbrechen gilt, denn die Gerechtigkeit einer Sache ist es, die die Gerechtigkeit der Waffe bestimmt.

Herr Präsident, der zionistische Terror, der sich gegen das Recht des Palästinensischen Volkes richtete, als er dieses Volk aus seiner Heimat vertrieb und es entwurzelte, ist festgehalten in Dokumenten, die in der UNO zirkulierten. Tausende Söhne unseres Volkes wurden in ihren Dörfern und Städten hingeschlachtet. Abertausende wurden unter dem Feuer der Gewehre, den Salven der Kanonen und dem Beschuß der Flugzeuge gezwungen, ihre Häuser und das, was sie in den Boden ihrer Vorväter pflanzten, zu verlassen. Wie zahlreich sind die Wege, auf denen die Söhne, Kinder, Frauen und Greise unseres Volkes geschlagen wurden, wo sie gezwungen waren, ohne Nahrung und Wasser in die Berge oder in die Wüste zu gehen. Die Katastrophen, die im Jahre 1948 über Hunderte der Bewohner von Dörfern und Städten, in den Tälern und Höhen in Jerusalem, Jaffa, Lidda, Ramlla und Galiläa hereinbrachen, wurden und werden nie vergessen von denen, die jede Sekunde ihrer Grausamkeit durchlitten, nie vergessen, trotz der internationalen Verdunkelung, die diese Grau-



Razzia israelischer Truppen im okkupierten Jerusalem.

Der Terrorismus der israelischen Eroberer

samkeiten wie die Spuren von 385 palästinensischen Dörfern und Städten, deren Existenz ausgelöscht wurde, damals mit Erfolg verschwiegen.¹⁾ Hinzu kommt das Sprengen von 19 000 Häusern innerhalb der letzten sieben Jahre - das gleicht dem Äquivalent der totalen Zerstörung von 200 palästinensischen Dörfern - und die unermeßliche Zahl derer, die vom Terror und von der Folter gezeichnet wurden und derer, die im Gefängnis sind - all dies kann unmöglich verdunkelt oder verschwiegen werden. Ihr Terror erstreckte sich sogar voll Neid auf den Ölbaum (Olivenbaum) in meinem Land, der von ihnen als Mahnmal gesehen wird, das sie an die autochtonen Bewohner dieses Landes erinnert; dieser Baum schreit laut, daß der Boden palästinensisch ist, und so machten sie sich daran, ihn zu entwurzeln oder zu mißachten und ihn zu fällen. Wie soll man den Satz Golda Meirs auffassen, als sie ihre "Beunruhigung" aussprach "über die palästinensischen Kinder, die täglich neu geboren werden"? Sie sehen in dem palästinensischen Kind und dem palästinensischen Baum einen Feind, den man beseitigen muß. Herr Präsident, jahrzehntelang verfolgten sie die kulturellen, politischen, sozialen und künstlerischen Führungskräfte unseres Volkes mit Terror, Vernichtung, Meuchelmord und Vertreibung. Sie haben unsere Tradition, Kultur und Volkskunst als ihre eigene ausgegeben und haben ihren Terror auf unsere heiligen Stätten in der geliebten Stadt des Friedens Jerusalem ausgeweitet, und sie beabsichtigen, ihren arabischen, christlich-islamischen Charakter zu vernichten durch die Evakuierung ihrer Bewohner und die Einverleibung in ihr Gebilde. Es ist nicht notwendig, ausführlich auf den Brand der Al-Aqsa-Moschee²⁾ und die Plünderung der Kostbarkeiten der Auferstehungskirche, auf die Deformation ihres Baustils und ihres kulturellen Charakters einzugehen. Jerusalem mit ihrer Pracht und dem historischen Duft, der sie erfüllt, legt Zeugnis ab für den Wechsel der Generationen, der in ihr erfolgte, Generationen, die in jedem Winkel ihrer Ecken eine unauslöschliche Spur, einen zärtlichen Abdruck, ein kulturelles Mal und einen menschlichen Pulsschlag hinterließen. Es ist nicht verwunderlich, daß sich unter seinem Himmel die drei Religionen umarmen. Sie schreiten in ihrem Gefolge, und an ihren Horizonten werfen sie Licht für die Menschheit auf das Schellengeläut der Dornen und Schmerzen, die sie trägt, um ihre Zukunft zu zeichnen, mit allem was sie enthält an Hoffnungen, Wünschen und Möglichkeiten.

Herr Präsident, die wenigen palästinensischen Araber, die der Feind 1948 nicht vertreiben konnte, sind heute Flüchtlinge auf ihrem Boden und werden vom israelischen Gesetz als Bürger zweiter, ja sogar dritter Klasse behandelt - da die orientalischen Juden die Bürger zweiter Klasse sind. Gegen sie wurden alle Formen der rassistischen und terroristischen Diskriminierung angewandt, ihre Länder und ihr Besitztum wurden beschlagnahmt, sie wurden blutig abgeschlachtet wie im Dorf Kafr Kassem³⁾, sie wurden aus ihren Dörfern vertrieben und ihre Rückkehr wurde ihnen verweigert, wie es mit den Einwohnern der Dörfer Kafr Burum und Ikrit geschah. Unsere Leute haben dort 26 Jahre lang unter dem Gesetz des Ausnahmezustands gelebt, sie haben kein Recht zur freien Bewegung von einem Ort zum anderen ohne vorherige Erlaubnis des Militärgouverneurs. Stellen Sie sich vor, Herr Präsident, zur gleichen Zeit, in der der israelische Gesetzgeber ein Gesetz erläßt, das jedem einwandernden Juden, der unseren Boden betritt, automatisch nationales Recht gewährt, gibt er ein anderes Gesetz heraus, das den in Palästina verbliebenen Palästinensern, die in der Stunde der Besatzung nicht in ihren Dörfern waren, das nationale Recht verweigert.

Herr Präsident, die Akte der israelischen Herrscher ist voll von Terrormorden, die sich auch auf die Söhne der arabischen Nation erstrecken, die unter der Besatzung im Sinai und den Golanhöhen verblieben sind, und die Erinnerung an das Verbrechen der Zerstörung der Bahr-al-Bakr-Schule und der Fabrik Abu Zabel in Ägypten und die Zerstörung der libyschen Zivilen Verkehrsmaschine ist immer noch in unserem Gedächtnis. Die Zerstörung der Stadt Kuneitra legt jedoch immer noch Zeugnis ab für jeden, der die Terrortaten sehen will.⁴⁾ Wenn man die Akte des zionistischen Terrors im Südlibanon aufschlagen will, und dies ist ein Terror, der immer noch andauert, wird man physisch erbeben von dem Ausmaß der Grausamkeit, der Piraterie, der Sprengungen und Aggression und was darin an Evakuierung der Zivilisten, Zerstörung der Häuser, Menschenentführung und Felderverbrennen enthalten ist, ganz abgesehen von den ständigen Übergriffen auf die libanesische Staatshoheit und abgesehen von der Vorbereitung für den Raub des Wassers des Flusses Litani.⁵⁾ Erinnern wir uns an die zahlreichen Beschlüsse, die von dieser Organisation gefaßt wurden, die Israel der Aggression gegen die arabi-

schen Staaten und der Aggression gegen die Menschenrechte schuldig befunden haben und auch daran, daß es wegen der Einverleibung und der Änderung ihres Status vor der Besetzung und daß es wegen wiederholter Verletzung der Paragraphen des Genfer Abkommens im Kriegsfall verurteilt wurde.

Herr Präsident, wenn man sich all diese Taten vor Augen hält, kann man sie nicht anders bezeichnen als barbarischen Terrorismus. Trotzallem besitzen die rassistischen, terroristischen Eroberer die Kühnheit, die gerechten Kämpfe unseres Volkes als terroristische Taten zu bezeichnen - gibt es eine größere Dreistigkeit an Unrecht und Verfälschung, die diese übersteigt? Wir sagen, daß sich jene, die unseren Boden gewaltsam raubten und terroristische Verbrechen und rassistische Diskriminierung begehen, die selbst den Rassismus Südafrikas von damals und heute übertreffen, den Beschluß der Generalversammlung der UNO, den Ausschluß Südafrikas von der Mitgliedschaft vor Augen halten sollten. Denn das ist das zwangsläufige Ende für jeden rassistischen Staat, der die Gesetze des Dschungels anwendet und der die Heimat anderer gewaltsam raubt und sie unterdrückt.

Reiche Kampftraditionen der Palästinenser

Herr Präsident, dreißig Jahre lang leistete unser Palästinensisches Volk unter der britischen Besatzung und der zionistischen Eroberung Widerstand gegen jegliche Versuche, ihm sein Land zu entreißen, und es kämpfte in sechs Revolutionen, in Dutzenden von Volksaufständen, um die Verschwörung zu vereiteln, damit es auf seinem Boden bleiben und die Souveränität über ihn ausüben kann. Bis 1948 hat es für dieses Ziel dreißigtausend Menschen geopfert (bezieht man diese Zahl auf die amerikanische Bevölkerung, gleicht dies 6 Millionen Amerikanern).

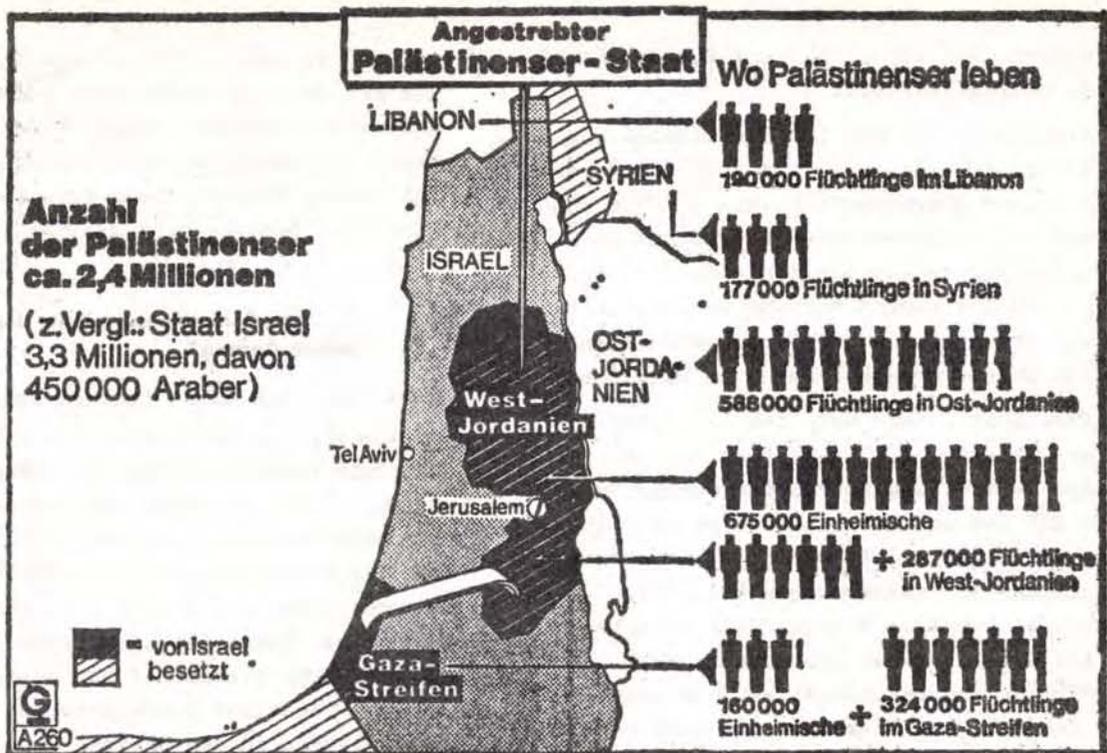
Als seine Mehrheit von dem 1948 besetzten palästinensischen Boden enturzelt wurde, setzte das Volk seinen Widerstand unter den schwierigsten Bedingungen und trotz Vernichtungsversuchen beharrlich fort. Vergebens versuchte unser Volk, mit allen Mitteln seinem politischen Kampf für die Verwirklichung seiner Rechte Kontinuität zu geben; es kämpfte um seine Existenz, deshalb studierten seine Söhne in der Emigration und Verbannung, und sie arbeiteten hart unter unmöglichen Bedingungen, um weiter existieren zu können. Aus dem palästinensischen Volk gingen Tausende Ärzte, Ingenieure, Professoren und Wissen-

schaftler hervor, sie alle setzten ihre Arbeitskraft und ihr Können in den um ihre besetzte Heimat liegenden arabischen Ländern ein. Sie leisteten ihren Beitrag beim Prozeß des Aufbaus und der Entwicklung dieser Länder; mit dem Einkommen, das sie dabei verdienten, unterstützten sie ihre jüngeren und älteren Verwandten, die die Flüchtlingslager nicht verlassen konnten. So half der Bruder dem Bruder, der Schwester und den Eltern, und er zog auch noch seine eigenen Kinder groß. Gleichzeitig träumte er in der Tiefe seines Herzens von der Rückkehr nach Palästina, er blieb Palästinenser, er hielt seiner Heimat die Treue, sein zielgerichteter Wille und sein Enthusiasmus verloren nicht ihre Kraft. Nichts konnte ihn dazu verführen, seine palästinensische Identität und seine Heimat Palästina preiszugeben. Nein, auch die Zeit hat - wie die Kalkulierer kalkulierten - ihn seine Heimat nicht vergessen lassen.

Als die Hoffnungen unseres Volkes, die es an die internationale Institution knüpfte, die es vergaß und seine Rechte ignorierte, nicht in Erfüllung gingen, als unserem Volk klar wurde, daß der politische Kampf allein für die Zurückgewinnung auch nur einer Handbreit seiner Heimat nicht ausreichte, da wandte es sich der Palästinensischen Revolution zu und gab ihr all seine menschlichen und materiellen Ressourcen und seine besten Söhne: Unser Volk begegnete tapfer dem israelischen Terror, der es von seinem Kampfweg abbringen wollte, einem Terror, der die menschlichen Vorstellungen übersteigt. In der letzten Dekade seines Kampfes opferte unser Volk Tausende Märtyrer und ein Vielfaches an Verwundeten, Verstümmelten, Gefangenen und Internierten, um nicht vernichtet und aufgelöst zu werden und um sein Recht auf Selbstbestimmung über seine Heimat und auf Rückkehr in sein Land an sich zu reißen.

Die Massen unseres Volkes leben jetzt unter zionistischer Besatzung mit dem ihnen innewohnenden Stolz und revolutionären hohen Mut, sie kämpfen - sei es in den Kerkern, den Internierungslagern oder in dem noch größeren Gefängnis, dem "Besatzungskäfig" - um ihr Verbleiben und ihre Existenz. Sie kämpfen dafür, daß das Land arabisch bleibt, und sie leisten Widerstand gegen die Unterdrückung, die Tyrannei und den Terror in all seiner bedrohlichen und tragischen Gewalt.

Durch die bewaffnete Revolution unseres Volkes kristallisierte sich seine politische Führung heraus und festigten sich seine nationalen Institutionen, und die nationale Befreiungsbewegung, die die PLO verkörpert,



wurde aufgebaut; sie umschließt alle seine Gruppierungen, Organisationen und Fähigkeiten. Durch die kämpfende palästinensische nationale Befreiungsbewegung reifte der Kampf unseres Volkes und vervielfältigte seine Mittel, so daß sich dem bewaffneten Kampf der politische und soziale Kampf hinzugesellte. Unsere Organisation machte sich zur Aufgabe, den palästinensischen Menschen nicht nur für die gegenwärtigen Herausforderungen zu rüsten, sondern ihn für den Aufbau der palästinensischen Zukunft zu formen. Zur gleichen Zeit, in der die PLO die bewaffneten Kämpfe führt und der Härte des zionistischen Terrors begegnet, ist sie stolz darauf, daß sie vielfältige kulturelle und zivilisatorische Errungenschaften erzielt hat. Sie errichtete Institutionen wissenschaftlicher Forschung, der landwirtschaftlichen Entwicklung, Institutionen der Gesundheitsfürsorge und der Wiederbelebung der kulturellen Tradition unseres Volkes und der Volkskunst. Aus ihren Reihen gingen viele Dichter, Schriftsteller und Künstler hervor, die zur Entwicklung der arabischen, und man kann sogar sagen, der internationalen Kultur beitragen. Der Inhalt all dessen trug tiefe menschliche Züge, die bei allen Freunden, die ihn kennen, Begeisterung hervorrief, und somit sind wir das Gegenteil, die Negation unseres Feindes, der sich auf der Zerstörung von Zivilisation und Kultur gründete, indem er kolonialistische, rassistische Ideologien verbreitete und all das, was sich gegen die Völker, den Fortschritt, die Gerechtigkeit, die Demokratie und den Frieden richtet.

PLO - einzig legitime Vertreterin des Palästinensischen Volkes

Herr Präsident, die PLO gewann ihre Legalität durch vorbildliche Opferbereitschaft, durch die Führung des Kampfes in all seinen Formen, sie empfing diese Legalität von den palästinensischen Massen, die sie mit der Führung betrauten, die diese Führung ganz akzeptierten, sie gewann die Legalität, indem sie alle Verbände, Gewerkschaften, Gruppierungen sowie alle in ihrer Nationalversammlung und in ihren Masseninstitutionen vorhandenen Kompetenzen vertrat. Diese Legalität wurde durch die Unterstützung der gesamten arabischen Nation bestärkt, und diese Unterstützung wurde auf der letzten arabischen Gipfelkonferenz betont, als dieser Kongreß das Recht der PLO als einzig legitime Vertreterin des Palästinensischen Volkes für die Errichtung einer unabhängigen palästinensischen nationalen Autorität auf allen befreiten Gebieten bekräftigte. Ihre Legalität wurde vertieft durch die Unterstützung der Kampfesbrüder der Befreiungsbewegungen und der solidarischen befreundeten Staaten in der Welt, die sich auf die Seite der Organisation stellten und ihr in ihrem Kampf für die Rechte des Palästinensischen Volkes helfend beistanden.

An dieser Stelle möchte ich voll Stolz und Anerkennung den Dank unserer Revolutionäre und unseres Volkes für die aufrechte Haltung der blockfreien afrikanischen, islamischen, der sozialistischen Staaten und der befreundeten Staaten Europas aussprechen, sowie allen Freunden in Asien, Afrika und Lateiname-

rika danken, die ihren Beistand für den Kampf unseres Volkes leisteten.

Herr Präsident, die PLO ist die einzige legitime Vertreterin des Palästinensischen Volkes und in dieser Eigenschaft bringt sie die Wünsche und Hoffnungen unseres Volkes zum Ausdruck, und als solche trägt sie Euch diese Wünsche und Hoffnungen vor und konfrontiert Euch mit der großen historischen Verantwortung für unsere gerechte Sache in Palästina.

Herr Präsident, unser Volk ist den Katastrophen des Krieges, der Zerstörung und der jahrelangen Vertreibung ausgesetzt, unser Volk zahlte mit dem unersetzlichen Blut und Leben seiner Söhne, es erlebte unter der Besatzung, Vertreibung, der zwangsweisen Emigration und dem Terror, was kein anderes Volk erlitten hat. All dies aber hat aus unserem Volk kein haßerfülltes und rachsüchtiges Volk gemacht. Nein, nein ... all dies läßt uns auch nicht in eine rassistische Umkehrung, in die unser Feind verfallen ist, verfallen, es läßt uns auch nicht den richtigen Blick dafür verlieren, zwischen Freunden und Feinden zu unterscheiden.

Wir verurteilen alle Verbrechen, die an den Juden begangen wurden und alle Arten von versteckter und offener Diskriminierung, die Angehörige des jüdischen Glaubens erlitten haben.

Herr Präsident, ich bin Revolutionär der Freiheit wegen. Und ich weiß, daß viele unter den Anwesenden hier in dieser Saale sich in ähnlichen Kampfsituationen befanden, in denen ich heute kämpfe. Ihnen ist es gelungen, durch ihren Kampf ihre Träume Wirklichkeit werden zu lassen, so teilen sie meine Hoffnung und meinen Traum. Von diesem Platze rufe ich Sie auf, daß wir den gemeinsamen Traum und die gemeinsame Hoffnung für eine Zukunft des Friedens in dem heiligen palästinensischen Land zur strahlenden und gesicherten Wirklichkeit werden lassen.

Der jüdische Kämpfer Ahod Adif stand vor dem israelischen Militärgericht und sagte: "Ich bin kein Terrorist. Ich bin einer von denen, die von der Errichtung des demokratischen Staates in diesem Lande überzeugt sind." Er sitzt mit anderen Kameraden im dunkelsten Kerker der militaristischen zionistischen Clique.

Gestatten Sie mir, sie von diesem Forum aus in ihren Gefängnissen zu grüßen. Vor denselben Gerichten steht heute auch der tapfere Erzbischof der orthodoxen Kirche, Capucci⁶⁾, er erhebt seine Hand mit dem Siegeszeichen unserer Revolutionäre und sagt: "Ich arbeite

für den Frieden in Palästina, damit alle in dem Friedensland in Frieden leben." Diesen Erzbischof erwartet das gleiche Schicksal in denselben Kerkern. Gestatten Sie mir, auch ihm in das Dunkel seines Kerkers die herzlichsten Grüße zu schicken.

"... von Palästina aus nimmt der Frieden seinen Anfang"

Warum soll ich nicht träumen und hoffen, Herr Präsident, die Revolution ist zugleich Schöpfung und Verwirklichung von Träumen und Hoffnungen. Laßt uns Traum und Hoffnung miteinander verwirklichen, daß ich mit meinem Volk aus der Verbannung zurückkehren kann, und wir gemeinsam mit diesem jüdischen Kämpfer und seinen Kameraden, gemeinsam mit diesem christlichen Erzbischof und seinen Brüdern in ein und demselben demokratischen progressiven Staat leben, in dem Christ, Jude und Moslem unter gleichen Rechten, in Gerechtigkeit und Brüderlichkeit miteinander leben könne.

Verdient es dieses hochstehende menschliche Ziel nicht, daß ich mit allen Aufrechten der Welt für seine Verwirklichung kämpfe? Und was dieses Ziel auszeichnet, ist, daß es sich richtet auf das Land Palästina, das Land der Heiligtümer, der Opferbereitschaft, der Tapferkeit, der Geschichte und des Friedens.

Herr Präsident, vormals kämpften die Juden in Europa und hier in Amerika für die Trennung von Kirche und Staat und gegen die Diskriminierung aufgrund der Religion, wie können sie heute diese ehrenhafte Form des menschlichen Zusammenlebens im heiligen Land des Friedens und der Gleichberechtigung ablehnen? Und wie können sie weiterhin ein Land unterstützen, das in dieser Welt am stärksten durch Isolierung, Diskriminierung und Fanatismus gekennzeichnet ist?

Ich erkläre hiermit vor Euch als Vorsitzender der PLO und als Führer der Palästinensischen Revolution, daß, wenn wir von unseren gemeinsamen Hoffnungen für das Palästina von Morgen sprechen, wir in unser Bestreben alle Juden miteinschließen, die heute in Palästina leben und die mit uns gemeinsam auf dem palästinensischen Boden ohne Diskriminierung leben wollen. In meiner Eigenschaft als Vorsitzender der PLO und als Führer der Streitkräfte der Palästinensischen Revolution rufe ich jeden einzelnen Juden dazu auf, noch einmal den Weg des Untergangs zu überprüfen, auf den sie der Zionismus und die israelische Führung leitete, die ihnen nichts anderes bot als ständiges Verbluten und Kriege, in denen sie als Kanonenfutter benutzt wurden.

Wir rufen Euch auf, herauszutreten in freier Entscheidung und weiten Abstand zu nehmen von den Versuchen Eurer Führung, Euch einen Mas-sada-Komplex⁷⁾ einzureden und Euch dies als Euer Schicksal zu oktroyieren. Wir machen Euch ein menschenwürdiges Angebot, daß wir innerhalb eines friedlichen und gerechten Rahmens in unserem demokratischen Palästina gemeinsam leben.

Als Vorsitzender der PLO und als Führer der Palästinensischen Revolution erkläre ich hier, daß wir keinen einzigen Tropfen jüdischen oder arabischen Blutes vergießen wollen und daß wir uns auch nicht eine Minute lang über die Fortdauer des Krieges freuen werden, wenn ein gerechter Friede herrscht, der auf den nationalen Rechten, Bestrebungen und Hoffnungen unseres Volkes aufbaut.

Als Vorsitzender der PLO und als Führer der Palästinensischen Revolution appelliere ich an Euch, Euch auf die Seite des Kampfes unseres Volkes für die Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts zu stellen, eines Rechts, das in der Charta Eurer Organisation festgelegt und das Eure Generalversammlung bei verschiedenen Gelegenheiten bestätigt hat, und ich appelliere an Euch, daß Ihr auch die Rückkehr unseres Volkes aus seiner zwangsweisen Verbannung ermöglicht, in die es mit den Bajonetten, durch Unterdrückung und

Ungerechtigkeit gedrängt wurde, daß es zurückkehrt in seine Heimat und seine Häuser, um unter dem Schatten der Bäume seiner Felder alle seine nationalen Rechte zu genießen und frei zu leben, damit es teilnimmt an dem Prozeß der menschlichen Zivilisation und seinen Beitrag in allen Bereichen der menschlichen Schöpferkraft mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Fähigkeiten leistet. Ich appelliere an Euch, daß Ihr es ermöglicht, daß unser Volk sein geliebtes Jerusalem schützt, so wie es dies jahrhundertlang getan hat, damit es frei von Terror und Unterdrückung eine Pilgerstätte für alle Religionen bleibt.

Ich appelliere an Euch, unserem Volk die Errichtung seiner unabhängigen nationalen Autorität und seiner nationalen Existenz auf seinem eigenen Boden zu ermöglichen.

Herr Präsident, heute kam ich zu Euch, in einer Hand den Ölweig und in der anderen Hand das Gewehr der Revolution, laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen ... laßt den grünen Zweig nicht aus meiner Hand fallen! Herr Präsident, von Palästina flammt der Krieg auf und von Palästina aus nimmt der Frieden seinen Anfang. Danke.

(Quelle: Jassir Arafat vor der UNO-Vollversammlung, Palästina Dokumentation Nr. 1, Liga der Arabischen Staaten, Büro Bonn 1974)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Zionistische Einheiten okkupierten bzw. griffen u.a. die Städte Saisa, Salomeh, Deir Yassin, Haifa und Jerusalem an, bevor die UNO die Proklamation eines jüdischen Staates vorgesehen hatte. Damit ris-sen sie auch Landstriche und Städte an sich, die zum projektierten arabischen Staat Palästina gehören sollten, so etwa Jaffa, Salomeh, Saris und Gebiete der internationalen Zone Jerusalems. Mit dem Massaker von Deir Yassin am 9.4.1948, bei dem die zionistische Terrororganisation "Irgun" die gesamte Dorfbevölkerung ermordete, setzte die gezielte Vertreibungspolitik ein.
- 2) Die Al-Aqsa Moschee in Jerusalem wurde 1968 von israelischen Terrorgruppen in Brand gesetzt.
- 3) Am 19.10.1965, dem Vorabend der Suez-Ag-gression gegen Ägypten, ermordeten israelische Truppen in dem Dorf Kafr Kassem 51 palästinensische Zivilisten. Unter den Toten waren 12 Frauen und 18 Kinder.
- 4) Am 2.2.1970 wurden bei einem Angriff der israelischen Luftwaffe auf die ägyptische Fabrik Abu Zabel in der Stadt Al-Khanka 68 Arbeiter getötet und 98 schwer ver-letzt.
Am 8.4.1970 bombardierte die israelische Luftwaffe die Grundschule des Dorfes Bahr-al-Bakr, wobei 46 Kinder getötet und 40 verwundet wurden.
Am 25.2.1973 schossen israelische Phantom-jäger über dem Sinai ein libysches Ver-kehrflugzeug ab. 106 Passagiere fanden den Tod.
- 5) Im Oktoberkrieg 1973 hatte die syrische Stadt Kuneitra unter israelischem Dauerbeschuß gelegen, war jedoch nach der Eroberung durch israelische Truppen noch zu einem Teil erhalten. Bevor die Israelis dem 1973 vereinbarten syrisch-israelischen Truppentrennungsabkommen zufolge Kuneitra räumten, zerstörten sie die Stadt bis auf die Grundmauern.
- 6) Der Litani ist ein im Südlibanon entspringender und etwa 40 km nördlich von der israelischen Grenze ins Mittelmeer mündender Fluß. In seinem Mittellauf reicht der Litani stellenweise bis auf wenige hundert Meter an die israelische Grenze heran. An diesem grenznahen Flußknick soll, einem Projekt Tel Avivs zufolge, das Wasser nach Israel abgezapft werden.
- 7) Hilarion Capucci ist griechisch-katholi-scher Erzbischof von Ostjerusalem. Am 8. August 1974 nahmen ihn israelische Behör-den wegen des Transportes von Waffen und Sprengstoff aus dem Libanon nach Israel und wegen des Vergehens, Kontakte zur palästinensischen Widerstandsbewegung zu unterhalten, fest. Außerdem versucht man, ihm einen Mord an einem Taxifahrer anzu-hängen. Seit dem 16. August 1974 wird der 52jährige Erzbischof in Jerusalem in Un-tersuchungshaft festgehalten.
- 8) Bei einer Belagerung der Festung Massada in Palästina unter König David (1002 - 963 v.u.Z.) schworen die eingeschlossenen Is-raeliten, lieber zu sterben als zu kapi-tulieren. Diese Einstellung bezeichnet man als Massada-Komplex.

Iran

Wolfram Brönner

Ölland Persien

- Neues Mekka der westdeutschen Konzerne

Von November 1974 bis Januar 1975 veranstaltete das persische Schahregime mit großzügiger Hilfe der High Society in Bonn, Köln, München und Hamburg Propagandashows, soge-



nannte "Iran-Wochen", mit Galaabenden, Vorträgen, Filmen und Ausstellungen - begleitet von Werbefeldzügen zur Stimulierung westdeutscher Kapitalinvestitionen auf iranischem Boden.

Die herrschende Klasse der BRD erwählte das Kaiserreich Schah Resa Pahlewi zum dritten Schwerpunktland ihrer neokolonialistischen Expansion - neben dem rassistischen Südafrika und dem faschistischen Brasilien. Das Öl-, Investitions- und Rüstungsgeschäft Bonns mit dem Iran erreicht Milliarden Dimensionen, setzt neuartige Akzente.

Worin bestehen sie? Welche jüngere Vorgeschichte haben die Beziehungen Bonn - Teheran? Was macht die besondere "Attraktivität" des Kaiserreichs aus? Und welche allgemeinen Merkmale des westdeutschen Neokolonialismus lassen sich am Beispiel des Iran aufzeigen?

Kanzlervisiten ebnen den Weg

Die Bonner Regierungschefs Adenauer (1957), Erhard, Kiesinger und Brandt (1972) traten bei ihren Staatsbesuchen in Teheran den persischen Hofschranzen, Großgrundbesitzern und Bourgeois als Makler "westdeutscher Investoren", deren "einziges Interesse Profit ist", entgegen¹⁾ - wie Georg Kiesinger bei seiner Visite 1969 unumwunden bekannte. Sie verhalfen der BRD bis Ende der 60er Jahre zur Rückeroberung ihrer Vorkriegsposition als führender Handelspartner Persiens:

1968/69 rangierte die BRD mit einem Warenexport von 1,01 Mrd DM und einem Anteil an der iranischen Gesamteinfuhr von 21% vor den USA (0,86 Mrd DM und 16,5%) an der Spitze der Hauptlieferanten des Landes. Die bundesdeutschen Monopole steigerten ihren Warenexport von 1,3²⁾ auf 1,9 Mrd DM im Zeitraum 1971 bis 1973.

Eine enorme Summe erreichten auch die BRD-Importe aus dem persischen Kaiserreich mit 1970/71 : 876 Mio DM und 1973 : 1,7 Mrd DM, wovon nahezu 65% alleine auf Erdöllieferun-

THE GERMAN COLONY IN IRAN WELCOMES FEDERAL CHANCELLOR WILLY BRANDT

- AEG-Telefunken Iran
- BASF Iran AG
- Bayerische Kabelwerke, Roth bei Nuernberg
- Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank AG, Vereinsbank in Hamburg
- Robert Bosch GmbH
- Brown, Boveri & Cie, Mannheim
- Continental Gummi Iran Ltd
- Daimler-Benz AG, Stuttgart
- Degussa Iran AG
- Deutsche Bank AG, Duesseldorf, Frankfurt/Main
- Die Bayer-Gesellschaften in Iran
- Felten & Guilleaume Kabelwerke AG (SIGMA Co), Koeln, Muelheim
- Hamasab Martin (AGFA-Gaevert)
- Iran German Trading Co Ltd
- Iran Henkel AG
- Iran Hoechst AG
- Iran Merck AG
- Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal -
- The Dayton Trading Co Ltd
- Kloeckner-Humboldt-Deutz AG, Koeln, Ulm
- Kuehne & Nagel
- Maschinenfabrik Buckau R Wolf Aktiengesellschaft, Grevenbroich
- Miltzer & Muench GmbH, Hof/Saale
- OSRAM IRAN AG
- Passavant Iran
- Rhein Stahl AG-Anlagentechnik
- Salzgitter
- Schenker/Iransped Co Ltd
- SHERKATE SAHAMI M W M Iran
- Siemens SHERKATE SAHAMI (Khas)
- Wella AG

Mit ganzseitigen Ergebnisadressen begrüßte in iranischen Zeitungen die Industrie den Kanzler in Teheran
31 deutsche Firmen zahlten je 500 Mark

stern DAS DEUTSCHE MAGAZIN Nr.13/1972

gen entfielen.³⁾

Die Direktinvestitionen der westdeutschen Monopolbourgeoisie im Iran beliefen sich bis 1970 auf insgesamt ca. 85 Mio DM und wuchsen bis 1973 auf 180 Mio DM an. Damit lag die BRD hinter den USA und fast gleichauf mit Großbritannien an 3. Stelle der Investoren.⁴⁾

Entwicklungshilfe schafft "take-off"

Unter dem Firmenschild "Entwicklungshilfe" leistete die BRD dem persischen Kaiserreich bis 1970 bereits 537 Mio DM an staatlicher Kapitalhilfe (Leihkapital). Dem folgte 1970 die Vergabe von weiteren 428 Mio DM.⁵⁾ Die privaten Exportkredite westdeutscher Banken, Konsortien etc. hinzugerechnet, floß bis 1971 die stattliche Summe von 2,5 Mrd DM an bundesdeutschem Leihkapital in Richtung Teheran.⁶⁾

Diese Kredithilfe hatte wesentlichen Anteil daran, daß sich im Iran als Voraussetzung für umfangreichere imperialistische Direktinvestitionen rasch eine tragfähige industrielle Infrastruktur herausbildete. Da diese staatliche Kapitalhilfe zum Großteil projekt- und liefergebunden vergeben wurde, verhalf sie den BRD-Monopolen zu riesen Geschäften: Stellvertretend seien der Ausbau des Kraftwerks "Schah Pahlewi" mittels einer Bonner Kapitalhilfe von 67 Mio DM oder die Lieferungen des Siemens-Konzerns von Stromversorgungs- und Übertragungsanlagen für 108 Mio DM im Rahmen eines multinationalen Großprojektes genannt.⁷⁾

Welche Rolle diese Art von "Entwicklungshilfe" für die Beschleunigung der Monopolexpansion spielte, wird daran deutlich, daß die Vergaben von Leihkapital an den Iran zu 80% in Gestalt von Aufträgen bzw. Nachaufträgen an BRD-Großunternehmen zurückflossen.

Zur Jahreswende 1970/71 bilanzierte das großbürgerliche Handelsblatt:

"Iran hat als Entwicklungsland das 'take off'-Stadium erreicht, ist also aus den Infrastrukturprojekten mehr oder weniger herausgewachsen". Das aber verspreche einmal neue "große Lieferaufträge" und erfordere zum anderen, daß sich angesichts verschärfter imperialistischer Konkurrenz "deutsche Firmen ... durch Investitionsvorhaben stärker mit der Wirtschaft des Landes verbinden".⁸⁾

Demgemäß legten westdeutsche Konzerne im Zeitraum von 1968-71 mit 65,9 Mio DM die zweithöchste Summe an Neuinvestitionen hinter den USA (230,65 Mio DM) in Persien an.⁹⁾

Innenpolitische Absicherung Bonns

Die herrschende Klasse der BRD war im Interesse einer drastischen Ausweitung ihrer

ökonomischen Beziehungen mit dem Pfauenthron eifrig bemüht, jene - so das Organ der CSU/CDU, Deutschland Magazin -

"auf die unerfreulichen Begleitumstände des kaiserlichen Besuchs im Jahre 1967 zurück"-gehenden und noch nachwirkenden "politischen Verstimmungen zwischen den Politikern beider Länder"¹⁰⁾ auszuräumen.

Beim Teheranbesuch Willi Brandts im März 1972 stellte demgemäß "die deutsche Delegation Schritte zur Verschärfung des Ausländerrechts in Aussicht".¹¹⁾



Bereits im Mai 1966 kam es in der BRD zu Protestaktionen gegen die Unterdrückungspolitik des Schah-Regimes: persische Studenten traten in Hamburg in den Hungerstreik.

Diese Gelegenheit bot sich Bonn bereits im Oktober 1972 anlässlich des Münchner Terroranschlags des "Schwarzen September", so daß dem persischen Geheimdienst (SAVAK) fortan nahezu unbegrenzte Bewegungsfreiheit zur Bespitzelung und Bedrohung oppositioneller Perser in der BRD zuteil wurde. So häuften sich Ausweisungsandrohungen, Abschiebungen, Einreise- und Demonstrationsverbote westdeutscher Behörden gegen Schahgegner (1973/74 allein viermal gegen die Iranische Studentenföderation CISNU). So organisierte man eine seit Ende 1972 nahezu perfekt funktionierende Nachrichtensperre in den bürgerlichen Medien der BRD über Ausbeutungspraktiken, Massenehend, politische Verfolgungen und Morde im Märchenland des Monopolprofits.

Politische 'Stabilität' und Hungerlöhne

Es paßt in diese Strategie der Herrschenden, wenn man hierzulande einen Mantel des Schweigens darüber hüllt, daß

- laut Amnesty International gegenwärtig über 40.000 politische Gefangene im Iran eingekerkert sind;
- der Schah in den letzten beiden Jahren rund 220 Todesurteile gegen Oppositionelle unterzeichnete;
- das Schahregime seit dem CIA-Putsch 1953 gegen die progressive Regierung Mossadegh alle gewerkschaftlichen und fortschrittlichen politischen Organisationen verboten bzw. zerschlagen hat;
- Schah Resa Pahlewi seine diktatorischen Machtbefugnisse nach 1953 ständig erweiterte und die später von "oben" aufgesetzten 3 staatstragenden Parteien keinesfalls Zeugnis für eine Demokratisierung ablegen, sondern sich ausnahmslos der kaiserlich-despotischen Politik unterordnen, vom Pfauenthron finanziert und kontrolliert werden;
- die iranischen Arbeiter bei einer 10-12-stündigen Arbeitszeit nur einen Mindest-Tageslohn von 3,60 DM erhalten und damit unterhalb des Existenzminimums verbleiben.¹²⁾

Ölreichtum und andere 'Attraktionen'

Zur größten 'Attraktion' für die von Energieversorgungsproblemen heimgesuchten imperialistischen Staaten reifte in jüngsten Jahren der immense Ölreichtum des Landes:

1973/74 bestritt der Iran nahezu 30% der Ölförderung im Nahen und Mittleren Osten, lag im Weltexport mit rund 300 Mio t hinter Saudiarabien auf Platz zwei und hinsichtlich der Weltölvorräte mit 8,1 Mrd t hinter Saudiarabien und Kuwait auf Rang drei.

Hinzu kommen weitere bedeutende Rohstoffressourcen, darunter Kupfer, Chrom und Eisenerz.

Verglichen mit den ebenfalls ölschweren und reaktionären umliegenden Ländern zeichnet das persische Kaiserreich schließlich das Zusammentreffen folgender weiterer 'Vorzüge' aus:

Zunächst die hohe Bevölkerungszahl von 31 Mio (zum Vergleich: Saudiarabien 7 Mio, Kuwait 0,6 Mio), dann die riesige Ausdehnung des Landes, seine strategisch ideale Lage am Arabischen Golf, der Ölstraße von Hormuz

und am Indischen Ozean, seine militärische Stärke, sein relativ hoher industrieller Entwicklungsgrad, schließlich seine

"trainierten Wirtschaftsmanager", die "eine ähnliche Denkweise wie ihre deutschen Verhandlungspartner auszeichnet" sowie ein bereits "hervorgebrachter Facharbeiterstamm".¹³⁾

Ein weiteres Lockmittel sind die vom Schahregime den Auslandsmonopolen in den Rachen geworfenen steuerlichen "Investitionsanreize". Gestattete ihnen bereits das 1955 verfügte Investitionsförderungsgesetz des Schah den ungehinderten Abzug bzw. Transfer von investiertem Kapital und Reingewinnen, so verzichtete Teheran 1969 in einem mit der BRD als einzigem Land geschlossenen "Doppelbesteuerungsabkommen" gegenüber den westdeutschen Unternehmen auch noch auf die Erhebung einer nennenswerten Einkommens- sowie jeglicher Gewerbe- und Vermögenssteuer¹⁴⁾ - natürlich in Ergänzung zu den Exportanreizen des Bonner Staates!¹⁵⁾

Produktionsverlagerung in ein Niedriglohnland

Von daher kamen die bundesdeutschen Monopole zwei Investitionswünschen Teherans bereitwillig nach:

Einmal der Orientierung des Iran auf den Export der im Inland gefertigten Produkte, was dazu beitragen soll, Persien binnen kurzem zu einer kapitalistischen Großmacht zu machen, zum anderen der bevorzugten Kooperationsform des Fremdkapitals mit einheimischem Privatkapital, den sogenannten "Gemischten Gesellschaften".

Die BRD-Monopole nutzten dies zu Produktionsverlagerungen immer größeren Stils, um sich im Niedriglohnland Iran¹⁶⁾ besondere Standortvorteile zu sichern:

Erstens machen sie den Iran zu ihrem sicheren Stützpunkt mit dem Ziel, von dort aus die umliegenden Länder kostensparend zu beliefern und neue Märkte zu erobern.



Drahtzieher der neokolonialistischen Expansion in den Iran: Großbankier Abs, Krupp-Chef Mommsen, der Vorstandsvorsitzende des Ölmultis VEBA-Gelsenberg von Benningsen und Wirtschaftsminister Friderichs (v.l.n.r.).



Zweitens handhaben sie die "Gemischten Gesellschaften" bevorzugt zur Errichtung sogenannter Montagewerke, in denen sie unter Umgehung der hohen Einfuhrzölle für Fertigwaren nun vorgefertigte Einzelteile zu Fertigprodukten - vor allem langlebigen Konsumgütern wie Autos, Elektrogeräten etc. - für den Inlandsmarkt endmontieren.¹⁷⁾

Investitionskonferenz: Geschäft ohne Beispiel

Der laut Wirtschaftsminister Friderichs "entscheidende Durchbruch"¹⁸⁾ kam nach eineinhalbjährigen Dauerverhandlungen Ende April 1974 mit den 5,5 Mrd DM-Abschlüssen auf der Teheraner Investitionskonferenz. Friderichs und der Präsident des Bundes Deutscher Industrie (BDI), Sohl, hatten 107 Spitzenmanager bzw. Kapitaleigner von 70 BRD-Unternehmen

"mobilisiert, deren Aktien auch zu Baissezeiten unter Börsianern liebevoll als 'goldgerändert' apostrophiert werden".¹⁹⁾

Mehr als 35 industrielle Vorhaben wurden ratifiziert. Ihre neue Qualität wird deutlich an dem mit 50:50 Kapitalbeteiligung veranschlagten Projekt einer Großraffinerie in Bushir (Lieferant Thyssen u.a., Finanzierung 2,5 Mrd DM, Jahreskapazität 25 Mio t), dem Bau eines daran angeschlossenen petrochemischen Komplexes mit einem Kapitalanteil von Höchst und Bayer Leverkusen in Höhe von 300 Mio DM, sowie an dem Projekt eines Hütten-, Stahl- und Walzwerkes bei Bender Abbas mit einem Investitionsaufwand von 2 Mrd DM und einer Jahreskapazität von 3 Mio t Stahl, das durch ein Firmenkonsortium Korf, Klöckner, Krupp, Mannesmann und Salzgitter getragen wird. Ein ähnlich hohes Investitionsgeschäft von 250 Mio DM schloß die im Iran bereits alteingesessene Daimler Benz AG für ein "gemischtes" Fertigungswerk von Dieselmotoren in Täbris ab.²⁰⁾

Außer den bereits genannten 'klangvollen' Namen sind heute mit Flick, Quandt, DEMAG, Degussa, Siemens, Bosch, AEG-Telefunken, BASF, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Commerz- und der Bayerischen Vereinsbank die 15 kapital- und umsatzstärksten Industriemonopole und die größten Banken der BRD vollständig im Iran vertreten.

Der BRD-Imperialismus durchbrach im Falle des Iran das ungeschriebene Gesetz neokolonialistischer Politik, nämlich allenfalls verarbeitende, "technisch anspruchslose, arbeitsintensive Produktionen"²¹⁾ in die sogenannte Dritte Welt zu verlagern, d.h. man verhinderte generell die Herausbildung schwerindustrieller, petrochemischer und anderer hochtechnisierter Wirtschaftszweige in den Entwicklungsländern. Erst unter Einwirkung einer alternativen Entwicklungspolitik der sozialistischen Staaten, erst angesichts der sprunghaften Erhöhung der Finanzkraft der großen erdölexportierenden Länder (Öleinnahmen des Iran 1972 2,4 Mrd Dollar, 1974 rund 15 Mrd Dollar) und stimuliert durch den Run der imperialistischen Konkurrenten um die langfristige Sicherung der fündigsten Ölquellen kam es hier zu Ausnahme von der Regel.

Iranisches Öl - Basis für den 1. BRD-Ölmulti

Der Iran, der 1973 zwar nur 12% der BRD-Ölimporte (1972 : 9%)²²⁾ abdeckte, wurde von Bonn zur Nummer 1 unter den Erölländern aufgewertet

1. aus dem folgenden allgemeinen ökonomischen Motiv:

"Der Iran geht den richtigen Weg. Er hat (im Unterschied zu seinen arabischen OPEC-Partnern, d.V.) nicht gedrosselt, um Druck auszuüben... Die Bundesrepublik wiederum sucht ihre Ölbasis und soviel wie möglich von dem Investitionskapital zu sichern, das heute in die Ölländer fließt. Es gibt also deckungsgleiche Interessen".²³⁾

Voraussichtlich wird die BRD ab 1978 neben den nun um 10% (etwa 13 Mio t) erhöhten Öllieferungen vom Iran Gaslieferungen von jährlich 26 Mrd cbm erhalten.²⁴⁾

2. vermochte die BRD auf der Grundlage dieser erhöhten persischen Öllieferungen zu Vorzugspreisen und mit Hilfe von Bonner Subventionszahlungen in Höhe von 200 Mio DM den ersten international konkurrenzfähigen westdeutschen Ölkonzern (mit 1975 25 Mrd DM das umsatzstärkste BRD-Unternehmen überhaupt) zu schaffen. Die dabei im Dezember 1974 fusionierten Unternehmen VEBA und Gelsenberg zählen zu den Kapitaleignern der Großraffinerie von Bushir.

Darüber hinaus gewährte Teheran der BRD-Erdölversorgungsgesellschaft DEMINEX das Recht zur

"Exploration und Entwicklung von Erdölvorkommen" in Südpersien. "Der dafür erforderliche Aufwand von 100 Mio Dollar wird bei erfolgreicher Suche zurückerstattet. Zum Ausgleich des übernommenen Risikos kann die DEMINEX maximal 45% der Rohölförderungen zum Vorzugspreis kaufen. Inoffiziellen Angaben zufolge soll dieser Rabatt bei 4% liegen".²⁵⁾

3. versuchen Staat und Konzerne über derartige Großprojekte im Iran sowie durch eine abgestimmte Politik wie im Falle der Schah-Beteiligung von 25% bei Krupp sowohl die Ölmilliarden des Pfaenthrons anzubinden als auch durch eine Taktik der 'Umarmung' die Ölpreispolitik Teherans und seiner OPEC-Partner abzuschwächen. Nicht minder lohnenswert ist es für das westdeutsche Monopolkapital wie im Krupp-Geschäft, 'Gemeinschaftsprojekte mit dem Pfaenthron zur Stärkung ihrer eigenen Kapazitäten, damit ihrer Expansionsmöglichkeiten zu nutzen. Kein Geringerer als H.J. Abs, dessen Deutsche Bank das Krupp-Geschäft managte, hatte Ende 1973 grünes Licht gegeben für eine Produktionsverlagerung auch petrochemischer Zweige in den Iran und zwar unter dem vorrangigen Ziel "einer Verflechtung, die zu einem Aufeinanderangewiesensein führt".²⁶⁾

Iran an Krupp beteiligt
Teheraner Regierung erwirbt 25,04 Prozent vom Kapital der Hüttenwerke AG / Gemeinsame Investitionsgesellschaft in Zürich geplant

Die iranische Regierung wird sich mit 25,04 Prozent an dem viergrößten Unternehmen der westdeutschen Stahlindustrie, an der Friedr. Krupp Hüttenwerke AG in Bochum beteiligen. Darüber hinaus wollen der Krupp-Konzern und die Regierung des Iran in Zürich eine gemeinsame Investitions-Gesellschaft gründen, über die der Krupp-Konzern künftig seine Investitionen außerhalb der Bundesrepublik tätigen wird. Diese Gesellschaft wird außerdem Joint Ventures fördern und Beteiligungen im Ausland auf bestimmten Gebieten durchführen, die für den Iran und für Krupp von Interesse sind.

4. forcieren die USA, Großbritannien, Frankreich und die BRD eine gigantische militärische Aufrüstung des CENTO-Mitglieds Iran, das als imperialistischer "Hilfspolizist" gegen die nationalen Befreiungsbewegungen (so Persiens Aggression seit Ende 1973 in Oman), gegen die Länder nichtkapitalistischer Entwicklung, Irak und VDR Jemen, sowie allgemein gegen eine zu radikale Ölpolitik im Nahen und Mittleren Osten in Aktion tritt. Der Schah beanspruchte selbst eine mehr als nur "nationale und regionale Verantwortung, sondern auch eine Weltrolle als Wächter und Beschützer von 60% der Ölreserven der Welt".²⁷⁾ Bonn leistete einen wachsenden Anteil am imperialistischen Aufrüstungsprogramm für das Schahregime.

Großzügige Militärhilfe

Zwei Militärhilfeabkommen Bonn-Teheran von 1966 und 1969 zufolge betrug die Ausrüstungshilfe in dieser Zeit 40-45 Mio DM und bereitete größere Nachfolgeaufträge des BRD-Rüstungskapitals vor. Auch unter der SPD/FDP-Koalition wurde eine solcherart ausgerichtete Militärpolitik mit dem Schahregime fortgesetzt:

"Ab 1970 unterstützt die BRD in einem Anschlußabkommen im Werte von 18 Millionen DM die Ausweitung der Produktion über den von Gewehren der Muster G-3 und MG-3 hinaus zur Lizenzfertigung von panzerbrechenden Raketen. Nach Regierungsangaben sollen diese deutschen Investitionsausgaben iranische Folgeaufträge für die deutsche Industrie in Höhe von 250 Mio DM ergeben haben".²⁸⁾

Von dem Gesamtvolumen in Höhe von 67,3 Mio DM, das die Bundesregierung 1974 den Entwicklungsländern an militärischer Ausrüstungshilfe gewährte, erhielt Persien alleine 10 Mio DM (15%)²⁹⁾ - also die höchste Militärhilfe, die

"Bonn einem anderen Land gewährte". Sie "soll in diesem Jahr (1974, d.V.) noch weiter aufgestockt werden".³⁰⁾

Unter anderem werden gegenwärtig 150 iranische Offiziere an der Fachhochschule des Heeres in Darmstadt ausgebildet und Bundeswehr-General Bensien berät

"seit letztem Herbst (1973, d.V.) als Leiter eines fünfköpfigen Ausschusses die Regierung in Teheran in militärischen Ausbildungs- und Ausrüstungsfragen".³¹⁾

Größtes Rüstungsexportgeschäft der BRD

Schon 1973 führte die im staatlichen Besitz befindliche Firma Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH als Generalunternehmen den Ausbau einer persischen Gewehr- und Munitionsfertigungsfabrik mit einem Investitionsvolumen von 400 Mio DM durch.³²⁾

Ende April 1974 kam es zum Abschluß des größten Waffenexportgeschäfts der BRD, das die Errichtung von 3 kompletten Lizenzfabriken im Iran durch Flick, Haniel und Diehl vorsieht:

"Zunächst ist vorgesehen, 400 'Leopard'-Panzer nach Iran zu liefern. Insgesamt ist der Export bzw. Lizenzbau von 1 000 'Leopard'-Panzern vorgesehen."³³⁾

Wie die Fakten bezeugen, ist das persische Kaiserreich zu einem neuen Mekka der westdeutschen Monopolexpansion geworden. Für die westdeutschen Finanz- und Rüstungsmagnaten sollen die direkten Kapitalinvestitionen im Iran "schon in der nächsten Zeit auf 3,5 bis 4 Milliarden DM steigen".³⁴⁾ Analog wächst das BRD-Engagement zur Stützung



Panzer-Parade in Persien vor Schah Resa Pahlewi, Kaiserin Farah

der diktatorischen Herrschaft des Pfauen-thrones und zur weiteren Aufrüstung des Iran

als aggressiver Gendarm des Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten.

Anmerkungen:

- 1) Unsere Zeit (UZ), 8.5.1974
- 2) Vgl. Länder der Erde, Berlin 1971, S.317; Handelsblatt (HB), 27.12.1971; Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29.10.1974
- 3) HB, 4.1.1971 und Die Welt, 29.4.1974
- 4) HB, 25.10.1972 und Die Welt, 29.4.1974
- 5) Kreditanstalt für Wiederaufbau, Deutsche Kredite für Entwicklungsländer, Frankfurt 1970, S. 31 ff.
- 6) HB, 4.11.1971
- 7) HB, 14.9.1971
- 8) HB, 24.11.1970 und 5.1.1971
- 9) Angaben des 'Zentrums für Anwerbung und Unterstützung ausländischer Investitionen', Materialien zum Parteiprogramm der Tudeh-Partei, o.O. 1973, S. 42
- 10) Deutschland-Magazin, Nr. 6, Dezember 1973/Januar 1974. Beim Schah-Besuch im Juni 1967 in der BRD und Westberlin war es zu Massendemonstrationen von Schahgegnern und schweren Ausschreitungen seitens sogenannter "Jubelperser" und Polizisten gekommen, darunter zum Mord an Benno Ohnesorg.
- 11) Frankfurter Rundschau (FR), 7.3.1972
- 12) Vgl. FAZ, 19.4.1974
- 13) D. Vogel, Interessen zweier Länder münden in Partnerschaft, Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z), Nr.6, November/Dezember 1974, S. 10
- 14) Vgl. Donya, Nr.1/1969, S. 7; Mitteilungen der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Oktober 1971; HB, 10.3.1974
- 15) Dies geschieht über das Entwicklungshilfesteuergesetz, das "Hermes"-Bürgschafts- und Garantiesystem, das Außenwirtschaftsgesetz und die Kreditanstalt für Wiederaufbau.
- 16) Der Anteil von Investitionsgütern und industriellen Einzelteilen am iranischen Importvolumen erreicht mittlerweile ca 65%.
- 17) Die importierten Einzelteile machen 60-80% der in Montagebetrieben gefertigten Endprodukte aus; vgl. Horizont Nr. 42/1972
- 18) Süddeutsche Zeitung (SZ), 2.5.1974
- 19) FAZ, 2.5.1974
- 20) Vgl. SZ, 2.5.1974; HB, 2.5.1974 und 3./4.5.1974
- 21) Aussage des Vorstandsvorsitzenden der Gutehoffnungshütte, von Menges, Anfang 1974, Der Spiegel, Nr. 30/1974
- 22) FR, 1.2.1974
- 23) SZ, 2.5.1974
- 24) Vgl. SZ, 13./14.10.1974; HB, 3./4.5.1974 und 9.12.1974
- 25) HB, 31.7.1974
- 26) Die Zeit, 16.11.1973
- 27) Newsweek-Interview, 15.5.1973
- 28) U. Albrecht/B.A. Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 78
- 29) Vgl. Wehrdienst, Nr.440, 19.11.1973
- 30) Der Stern, Nr.3/1974
- 31) SZ, 14.1.1974; FAZ, 10.1.1974
- 32) Vgl. "Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) intern", Oktober/November 1973, Nr. 26; Berliner Extra-Dienst, 8.2.1974
- 33) W. Klank, Rüstungsexporte der BRD, IPW-Berichte, Nr. 12/1974, S. 57; vgl. auch UZ, 12.8.1974, Der Spiegel, Nr. 7/1974
- 34) FAZ, 29.10.1974

Vietnam

Zwei Jahre nach Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens haben die verstärkte Einmischung der US-Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Südvietnams und die offenen Drohungen der US-Regierung gegen die Demokratische Republik Vietnam (DRV) und die Republik Südvietnam (RSV) ein gefährliches Ausmaß angenommen. Die zunächst dementierte, dann aber zugegebene Wiederaufnahme von Aufklärungsflügen der USA über dem Territorium der DRV und den von der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) verwalteten Gebieten, sind ebenso wie die Mobilisierung diverser US-Flottenverbände und die gesteigerten Munitions- bzw. Waffenlieferungen an die Saigoner Söldner Armee nur einzelne Glieder in der langen Kette der Provokationen und ständigen Verletzungen des Pariser Vietnam-Abkommens durch die USA.

Um von ihrer Kanonenbootpolitik gegenüber dem vietnamesischen Volk abzulenken, unterstützen die US-Propagandisten der Regierung der DRV und der PRR der RSV zunehmende Aggressivität und zahlreiche Verstöße gegen das Abkommen.

Tatsache aber ist: Bereits unmittelbar nach der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens am 27. Januar 1973 ermunterte die US-Regierung das von ihr erhaltene Thieu-Regime zu Landraubaktionen und anderen Kriegshandlungen gegen die befreiten Gebiete. Ziel dieser Aktionen war letztlich der Versuch, die Befreiungsfront FNL und die von ihr mitgetragene Provisorische Revolutionäre Regierung zu zerschlagen. Mehr als 130.000 Menschen starben in diesen zwei Jahren infolge dieser vom Thieu-Regime angezettelten Kriegshandlungen in Südvietnam. Dafür tragen die US-Regierung und ihr Marionettenregime die volle Verantwortung.

Lange Zeit hat sich die PRR nur auf die Verteidigung ihrer Gebiete beschränkt. Sie hat mit großer Geduld immer wieder versucht, die Saigoner Clique zu einer Einigung über die

Frage zu bewegen, wem welche umstrittenen Gebiete zugesprochen werden sollen. Doch die Saigoner Seite lehnte eine derartige Diskussion stets ab und verschärfte darüber hinaus ihre Kriegsaktionen.

Im Oktober 1973 forderte das militärische Oberkommando der PRR die Volksbefreiungsstreitkräfte in einem Befehl auf, jeden Angriff konsequent abzuwehren und die Luftangriffe mit Vergeltungs- und Bestrafungsaktionen zu beantworten (vgl. AIB 1/1974). Da die Bombardierungen befreiter Gebiete durch die von US-Militärberatern gelenkte Saigoner Luftwaffe anhielt, gingen die Streitkräfte der PRR in letzter Zeit mit großem Erfolg dazu über, die Ausgangsbasen der ständigen Kriegshandlungen - Militärlager, Radarstationen, Treibstofflager und Munitionsdepots des Gegners - anzugreifen, auszuschalten oder einzunehmen. Washington und Saigon säten Wind, sie ernteten Sturm.

Neben den militärischen Niederlagen muß das Saigoner Regime auch weitere politische Rückschläge einstecken. Die Vorwürfe der Korruption, vielfältig belegt, häufen sich, die Proteste gegen die verschlechterten Lebensbedingungen, gegen Hunger und Elend, gegen die fehlenden demokratischen Freiheiten nehmen zu. Die Volksbewegungen in den Städten Südvietnams haben - trotz bestehender Differenzen untereinander - an Stärke und Einfluß gewonnen. Ihre Hauptparole lautet: "Weg mit Thieu - für eine neue Regierung, die das Pariser Vietnam-Abkommen erfüllt".

Gegen diese wachsende Opposition versucht sich das Thieu-Regime mit Terror und brutaler Unterdrückung zu wehren. Wir dokumentieren im folgenden einen Plan des Regimes, der unter der Bezeichnung "Komet" bekannt wurde und vom "Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD" (KWR) im Dezember 1974 in Bonn der Öffentlichkeit der BRD zur Kenntnis gegeben wurde.

«Komet» - Der Vernichtungsplan der Thieu-Clique

TOP SECRET: PLAN KOMET

Während die Kommunisten ihre Angriffe - sowohl militärisch als auch politisch - an allen Fronten intensivieren, stellt die Tatsache, die Bewegungen ihre internen Unruhen weiterhin ausbreiten zu lassen, eine ernste Bedrohung für unser Lager dar.

Es ist zutreffend, daß die Mehrheit derjenigen, die gegenwärtig diese oppositionellen Massenbewegungen tragen, keine Kommunisten sind. Dennoch bringen ihre Aktivitäten auf jeden Fall ausschließlich den Kommunisten konkrete Vorteile. Momentan sind sie den Kommunisten bei ihren inneren Subversionsversuchen und externen Angriffen somit behilflich. Nach sorgfältigem Abwägen des Für und Wider ist eine schnelle und entschiedene Lösung des Problems angeraten. Im übrigen ist dies der einzig mögliche Weg, Zeit zu gewinnen.

LÖSUNGEN UND ALLGEMEINE MASSNAHMEN

- Sofortige Anordnung des Belagerungszustandes
- Vorübergehende Lähmung aller Tätigkeiten der Abgeordneten
- Liquidierung des gesamten Widerstandes

- Überwachung der Schüler und Studenten
- Isolierung und Spaltung der Massenbewegungen
- Der internationalen öffentlichen Meinung entgegenzutreten

DURCHFÜHRUNG

I. Anordnung des Belagerungszustandes

Herr X studiert in Koordination mit dem Innenministerium die koreanischen und philippinischen Erfahrungen und zieht daraus Konsequenzen. (Absolute Notwendigkeit, diese Aufgabe in maximal 5 Tagen zu lösen.)

II. Abgeordnete und Repräsentanten

Alle legislativen Aktivitäten der Abgeordneten werden unter dem Vorwand des Belagerungszustandes eingeschränkt. Die Opposition im Parlament einschüchtern, notfalls mit Gewalt. Die Rechte der Opposition soweit wie möglich einschränken: Wenn erforderlich Gewaltanwendungen, Verhaftungen durchführen (Endbeschluß 444).

Die Abgeordneten der Provinz: Sofortige Untersuchung des „Curriculum Vitae“ und der verdächtigen illegalen Aktivitäten aller lokalen Berater. Schritte einleiten, um sie der Justiz auszuliefern.

Notfalls Kunstgriffe und übliche Techniken anwenden (Inszenieren: Liaison mit Prostituierten, Glücksspiel, In-Flagranti-Verhaftungen, Schnellprozeß, öffentliche Übertragung mit Mitteln des regionalen Fernsehens).

Besonders beachten: Absolutes Verbot der Anwendung dieser Maßnahmen in Hinblick auf alle, die seit langem für einwandfreien moralischen Lebenswandel bekannt sind: Vorsicht vor gegen teiligen Effekten. Persönliche Rücksprache mit dem Provinzchef.

III. Liquidierung des gesamten Widerstandes

Der Tag „J“ wird von der zentralen Führung festgesetzt.

Saigon, Gia Dinh, Bien Hoa: Am Tag „J“ sofortige Festnahmen, in den Nachbardörfern strengste Kontrolle und Verhaftung aller derjenigen erforderlich, die die Belagerungskette passieren durften und aus der Provinz fliehen (Zahl der Posten und Straßensperren erhöhen).

In den Provinzen: Die gefährlichsten Elemente am Tag „J“ verhaften, an den folgenden Tagen Festnahme der weniger Schädlichen (besondere Vorsicht, absolutes Verbot des Einsatzes von Polizei bzw. Militärpolizei, höchstens Spezialeinheiten und militärische Sicherheitsdienste. Verpflichtung: Zivil).



Dezember 1974:
Protestaktion viet-
namesischer Studenten
gegen Thieu in Bonn.

Nächtliche Verhaftungen vermeiden.

Es ist ratsam, wenn möglich, Verhaftungen am hellen Tag und auf der Straße durchzuführen, aber unter Vermeidung von öffentlichem Aufsehen und familiärem Aufruhr. Trotzdem die Familien der Festgenommenen informieren – ohne große Eile – unter Angabe eines vorläufigen Haftgrundes. Ziel: Recherchen und unruhefördernde Gerüchte vermeiden. Im Falle von Armeeingehörigen am Tage „J“ sofortige Verhaftung in den Büros und auf dem gesamten Territorium.

IV. Überwachung der Schüler und Studenten

Die Eintrittsexamen vor Studienbeginn verlängern. Sich anstrengen, den Universitätseintritt zu verzögern bei denen, die noch keine Aufnahmeprüfung gemacht haben.

Einschüchterungen und Druck gegenüber den Eltern der kämpfenden Studenten (Beamte, Militärs, diejenigen, deren Kinder Auslandsstudienstipendien haben).

Agenten in die Gruppen der Studenten einschleusen mit der Aufgabe, extremistische Provokationen anzustiften, (Traktate gegen den Krieg mit pro-kommunistischen Inhalten, feindliche Manifestationen usw.) um die Studentenbewegung zu liquidieren.

V. Die Bewegungen isolieren

Persönliche Gegensätze, sowie solche innerhalb der Partisanengruppen ausnutzen, ferner religiöse Gegensätze ausspielen. Mißtrauen säen durch eine Propaganda, die die oppositionellen Gruppen spaltet.

VI. Die internationale öffentliche Meinung

Mitglieder der ausländischen Presseagenturen isolieren.

Sämtliche vietnamesischen Mitglieder einschüchtern, die für die internationale Presse arbeiten (Militärdienst, diejenigen, die Familienangehörige in den Regierungsorganen haben, Beamte und Militärs).

Mitglieder der internationalen Presse für uns gewinnen und kaufen (mit Flagranti-Beweisen kor-

rumpieren).

VII. Aufgabenteilung

Informationsministerium:

– Spezielle Anweisung an das ministerielle Personal zur Zusammenarbeit mit der Polizei.

– Vermeiden, die Verhaftungen hochzuspielen, wenn möglich, sie herunterspielen.

– Beweise über die kommunistische Infiltration in die Bewegungen der internen Agitation überall verbreiten.

– Mit der Polizei koordinieren (Pressegruppierungen, Journalisten und Reporter).

Interventionspolizei:

– Nicht an den Festnahmen beteiligen. Aufgabe der Interventionspolizei ist es, sich besonders um die Zentren der Festnahmen zu kümmern (Einsatz Sicherheit, Verwaltung, Verlegung und Ernährung). Die Haftanstalten müssen sich weit entfernt von Bevölkerungsballungszentren ansiedeln.

– Absolutes Besuchsverbot. Angehörige dürfen Post schicken. Wichtig: Jeder Einzelfall muß gesondert geprüft werden.

– In der Hauptstadt Koordination zwischen dem G.G. und der Polizei A. 114 und A. 528.

– In den Provinzen wird die Leitung der Polizei mit T.P. 987 zusammenarbeiten, und zwar unter aktiver und direkter Überwachung durch den Provinzchef.

Sonderpolizei:

– Die Elemente des Widerstandes aufteilen. Mit der Interventionspolizei in Bezug auf Überführung der widerspenstigen Gruppen in unterschiedliche Haftanstalten zusammenarbeiten.

– Anklagepunkte für die gefährlichen Elemente erfinden, die eine gewisse Popularität in den Provinzen genießen (keine Unglaubwürdigkeiten). Dies alles muß durch den Provinzchef selbst autorisiert sein, der in diesem Bereich der Generalverwaltung allein verantwortlich ist. Saigon, Gia Dinh, Bien Hoa: 814 wird entschei-

den.

Speziell für Deputierte und Senatoren: 444 wird direkt in die Entscheidung eingreifen.

VIII. Freigabe

Die täglichen Befehle werden von der Generalverwaltung ausgegeben.

IX. Befürworter und Gegner

– Martin (US-Botschafter in Saigon, ED) ist zur Zeit abwesend, aber seine Haltung war nie eindeutig. Er verhält sich abwartend.

– Rugh Appling hat befürwortet. Schätzt, daß die amerikanische Meinung anhalten wird, aber man muß schnell handeln und darf die Situation nicht hinziehen, da auf der Ebene des amerikanischen Kongresses ärgerliche Reaktionen zu befürchten sind.

– Binderer hat ebenfalls befürwortet, bleibt aber reserviert, will sich offensichtlich in seiner Verantwortung nicht engagieren, überläßt es Appling.

– Thomas Folgar hat trotz seiner anfänglichen Zurückhaltung zugestimmt, befürchtet aber, wir hätten nicht genügend Kraft für die Realisierung

– Gilmore hat gerade Sweet bei der Plants-Polizei ersetzt, scheint reserviert. Seine Entscheidung hängt völlig von der Jacobsons ab.

Die Haltung Jacobsons (verantwortlich für das „Befriedungsprogramm in Vietnam, ED) ist suspekt, während sein Einfluß gegenwärtig durch den Applings zurückgedrängt wird. Appling kann bei Jacobson intervenieren. Wir können Appling benutzen, um Jacobson zu gewinnen.

Region I: Paul Popple: Scheinbar abwartend, tatsächlich ist er aber gegen den Plan, er hält ihn für nutzlos und gefährlich. Er fürchtet mögliche Verkehrung ins Gegenteil.

Region II: Monorioff, Spear: Einfluß von Jacobson ist groß.

Region III: Richard Peters: Stimmt völlig zu.

Region IV: Wolfgang Lohman: Dagegen (Agent von Jacobson).

X. Internationaler Einfluß

Erwartung und Einschätzung: Zu Anfang Empörung, aber wenn wir schnell und wirksam handeln, werden die Folgen auf internationaler Ebene minimalisiert. Entscheidend ist, alle Informationsquellen der ausländischen Presseagenturen verstopft zu halten. Man muß vorbeugend gegenüber den vietnamesischen Mitarbeitern dieser internationalen Presseagenturen Druck ausüben, aber vermeiden, sie zu verhaften.

XI. Vorbereitungen

Alle beteiligten Institutionen (Provinzchefs, Polizei, Ministerien für Information, Bildung, militärische Sicherheit, Erziehung usw.) müssen dringend detaillierte Pläne ausarbeiten und unterbreiten, sowie unter den Verantwortlichen aufteilen, dies innerhalb von 48 Stunden, damit die Generalverwaltung entscheiden kann.

Besondere Aufmerksamkeit:

1. Die Provinzverwaltungen stellen sofort Listen über die Hauptanführer der Bewegungen zusammen und unterbreiten innerhalb von 72 Stunden die lokalen Pläne, damit die Generalverwaltung sich entscheiden kann.

2. Besondere Aufmerksamkeit in den großen Städten. Die kleinen Städte: Verhaftungen möglichst vermeiden. Das heißt nicht, inaktiv sein.

XII. Direktionsausschuß

Von dieser Minute an alle 24 Stunden versammeln, die wesentlichsten Informationen bezüglich der lokalen Pläne einbringen und in allen Problemen entscheiden. Saigon, 22.9.74

(Quelle:

Extra Dienst, 13.12.74)

Zimbabwe

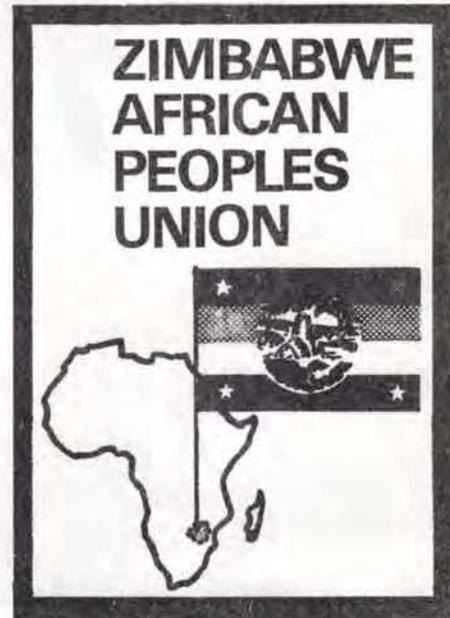
Am 6.12.1974 hatte die Redaktion des AIB Gelegenheit, ein ausführliches Gespräch über die aktuelle Lage in Zimbabwe (Rhodesien) mit Philemon Makonese, dem Chef-Repräsentanten der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) in Sambia, zu führen. Makonese, der zugleich Mitglied des revolutionären Rates seiner Organisation ist, gab uns sowohl einen Abriß der prinzipiellen Probleme des Unabhängigkeitskampfes seines Volkes und der Entwicklung der Befreiungsbewegung als auch eine Fülle interessanter Detailinformationen.

AIB-Interview mit Philemon Makonese

Der Kampf der ZAPU gegen den britischen Kolonialismus

Frage: Kannst Du uns einen Überblick über den gegenwärtigen Entwicklungsstand, über die aktuellen Probleme des Kampfes geben, den das Volk von Zimbabwe gegen das rhodesische 'Siedler-Regime' von Ian Smith führt?

Zuerst will ich kurz erläutern, wie sich die Befreiungsbewegung und der Befreiungskampf seit 1956 entwickelten. Damals war eine Klärung der politischen Linie und die Schaffung einer geeinten nationalen Bewegung notwendig, da zwei Bewegungen existierten. Die eine war der "African National Congress of South Rhodesia" mit Sitz in Bulawayo,¹⁾ und die andere die "South Rhodesia Youth League" mit Sitz in Salisbury.²⁾ Nach einigen Diskussionen traf man sich am 12. September 1957 in der Hauptstadt Salisbury und einigte sich auf die Bildung einer nationalen Bewegung, denn die Existenz zweier Bewegungen bedeutete Teilung der Kräfte und Verlust von Energien, wo doch nur ein gemeinsamer Feind vorhanden war. Das Ergebnis war der "African National Congress of South Rhodesia", der die nationale Bewegung durch eine klare politische Linie stärken sollte. Das Datum 12. September hat für unser Land große Bedeutung. An diesem Tag im Jahr 1890 eroberten die britischen Eindringlinge unser Land und hießen den Union Jack. Als sie noch die Unterwerfung des Landes feierten, legten wir ihnen eine Zeitbombe, indem wir mit unserem politischen Kampf begannen: wir mobilisierten das Volk und forderten von der britischen Regierung, die als Kolonialmacht die Verantwortung trug, das Mehrheitswahlrecht. Aber sie erfüllten die Forderungen nicht. Im Gegenteil, sie verboten unsere Partei 1959, verhafteten ihre führenden Mitglieder auf zentraler und lokaler Ebene und sperrte sie in KZs für einen Zeitraum von einem bis über drei Jahre ein. Dennoch gelang es der Parteiführung im KZ, ohne Wissen der Regierung mit der jungen Ge-



neration der Partei Kontakt aufzunehmen. Sie entwarfen eine neue Satzung und bildeten am 1. Januar 1960 eine neue Partei, die "National Democratic Party" (NDP). Man wandte sich nun direkt an die Briten und sagte: "Wir wollen noch heute über die Unabhängigkeit verhandeln. Und die Unabhängigkeit, über die wir verhandeln, erfordert allgemeine und gleiche Wahl und Mehrheitswahlrecht". England blieb äußerst hart, dennoch konnten wir erzwingen, daß es 1961 eine Art Verfassungsdiskussion durchführte, an der wir teilnahmen. Die Briten gestanden den Afrikanern erst 14, dann schließlich 15 Parlamentssitze in einem Haus von 50 Sitzen zu, was weit unter unseren Forderungen lag. Wir lehnten diese Verfassung ab und kamen zu dem Schluß, daß England, das seine Interessen mit allen Mitteln verteidigen würde, uns freiwillig keine Unabhängigkeit gewähren werde. Damals beschloß also die zentrale Parteiführung, für 1961 den bewaffneten Kampf vorzubereiten, und die ersten Freiwilligen wurden außer Landes geschickt. Doch die Regierung muß erkannt haben, was vorging, denn im Dezember wurde unsere Partei, die National Democratic Party, verboten, auch deshalb, weil das rhodesische Regime vor den Wahlen über die Verfassung von 1961 das Terrain klären wollte. Doch wir sahen das Verbot unserer Partei voraus und

hatten schon die Satzung für eine neue Partei vorbereitet, die "Zimbabwe African People's Union" (ZAPU). Nun ja, wir waren da, wir agitierten besonders gegen die Afrikaner, die wählten. Unsere Mitglieder wählten natürlich nicht. Die Afrikaner, die schließlich ins Parlament kamen, waren in weißen Bezirken gewählt worden, so daß es klar war, daß sie nur Marionetten waren.

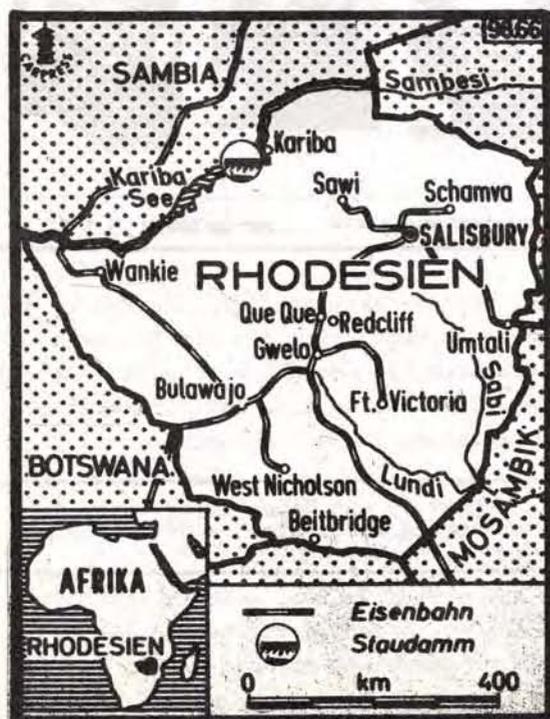
Wir führten unsere Untergrundarbeit zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes fort. Zur gleichen Zeit erkannten wir, daß es innerhalb der nationalen Parteiführung eine wachsende Tendenz zur Wiederaufnahme von Unabhängigkeitsverhandlungen mit England gab, die die Notwendigkeit der Vorbereitung des bewaffneten Kampfes leugnete. Obwohl die weitestgehenden, fortgeschrittenen Teile der Führung erkannten, daß uns kein anderer Weg als der des bewaffneten Kampfes blieb, beschloßen wir einen außerordentlichen Kongreß. Da wir wegen unserer Vorbereitung auf den bewaffneten Kampf mit dem Verbot unserer Partei rechnen, andererseits noch notwendige Beschlüsse fassen mußten, hielten wir den Kongreß ab und beschloßen - im Falle des Verbots - keine neue Partei zu gründen, sondern illegal weiterzuarbeiten. Als wir die Vorbereitungen auf den bewaffneten Kampf weiter vorantrieben, begannen einige Kräfte, die mit dieser Position nicht einverstanden waren, zu opponieren. Aber wir waren sicher, daß sie keinen Erfolg haben würden. Noch vor 1963 erfuhren die Briten von dem Beschluß der nationalen Exekutive der Partei (keine neue Partei zu gründen, AIB) und sie versuchten, einige jener Kräfte, die friedliche Verhandlungen über die Unabhängigkeit mit

England befürworteten, für sich zu gewinnen; und es blieb nicht bei einigen. 1962 war unsere Partei, die ZAPU, verboten worden, als wir gerade eine Reihe nationaler Führungskräfte beauftragt hatten, verstärkte Vorbereitungen für den bewaffneten Kampf zu treffen. In jener Zeit war einer der Genossen, der nun Präsident der Zimbabwe African National Union (ZANU) ist, unser nationaler Vorsitzender,³⁾ und beauftragt mit der Durchführung der Aktivitäten für militärische Zwecke. Dieser nutzte die Gelegenheit zur Kontaktaufnahme mit den verschiedensten Leuten, besonders solchen, die den bewaffneten Kampf ablehnten, gegen uns und gründete 1963 mit einigen anderen die ZANU.

Frage: Welche Gründe waren - nach Deiner Meinung - für diese Abspaltung ausschlaggebend?

Ein Grund war, daß die - nun in der ZANU zusammengefaßten - Kräfte immer noch glaubten, die Unabhängigkeit aushandeln zu können. Ein anderer Grund war, daß Sithole, der Sprecher dieser Gruppe wurde, gegen die Wirtschaftspolitik unserer Partei war. Unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen gehen von der Notwendigkeit der Beseitigung jener ökonomischen Strukturen aus, welche es den imperialistischen Monopolen, die nun phantastische multinationale Monopole mit Regierungsbeteiligung sind, gestatten, unser Volk auszubeuten. Das Verbot von privatem Bodenbesitz ist ebenfalls Bestandteil unserer Wirtschaftspolitik. Sithole aber ging so weit zu sagen: "Ich bin gegen die Wirtschaftspolitik der Partei, und jeder, der mein Land verstaatlichen will, kann es nur über meine Leiche tun."

Wir erkannten die Gefährlichkeit dieser Sache. Und als er die Gründung der ZANU ankündete, überraschte es uns nicht. Von einem solchen Mann hatten wir nichts anderes erwartet. Wegen der Reaktion der Bevölkerung konnte die Ankündigung der Bildung der ZANU nur außerhalb des Landes geschehen. Als ihre Mitglieder ins Land zurückkamen, mußte manchmal sogar unsere Jugendorganisation ihnen helfen, damit sie nicht verprügelt wurden; und wenn sie Veranstaltungen durchführen wollten, mußten sie das Regime um Schutz bitten. Auf diese Weise sprachen sie meist zu Sicherheitsleuten, anstatt zur Bevölkerung. Sicherheitsleute des Kolonialregimes natürlich. Wir wandten uns an die Leute, welche die ZANU gegründet hatten, und fragten sie, warum sie nicht einen außerordentlichen Kongreß der Partei forderten, da sie eine Reihe von Beschwerden zu haben vorgaben. Dann baten wir



sie, zu einer Konferenz zu kommen, die wir organisierten, um einige ihrer Beschuldigungen zu untersuchen. Die ZANU erschien nicht, und die Konferenz bestätigte den Ausschluß dieser Leute aus der Partei, denn unsere Partei anerkennt keine Doppelmitgliedschaft, außer bei besonderen Vereinbarungen und Bedingungen. Man kann nicht zwei politischen Parteien angehören, besonders, wenn diese Parteien keine gemeinsamen politischen Grundlagen, sondern Differenzen haben. Wir kämpften gegen den britischen Kolonialismus, somit bestand kein Grund der Abspaltung.

Frage: Wie sahen die Anfänge Eures bewaffneten Kampfes aus?

1964 wurde unsere Taktik der friedlichen politischen Demonstrationen übergeleitet in kalkulierte Sabotage gegen Eigentum des Regimes und alle Regierungseinrichtungen, die Unterdrückung repräsentierten. Daneben wurden Industrieanlagen und natürlich die Eisenbahn Ziele der Sabotage. Dadurch wurde auch der Bevölkerung in Stadt und Land klar gemacht, daß der Kampf seine Form änderte und wir Freiwillige brauchten. 1965 war es uns möglich, einige kleine Guerilla-Operationen zu starten. Sie waren recht erfolgreich, denn das rhodesische Regime hatte keine Erfahrung damit. Als Smith wegen der gesteigerten Guerilla-Tätigkeit von England militärische Unterstützung verlangte, aber keine erhielt, provozierte das die Rhodesier dermaßen, daß sie meinten, wenn sie schon die weiße Zivilisation und Rassenherrschaft aufrechterhalten müßten, so doch besser die Unabhängigkeit des Landes erklären sollten. Ich meine hier die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit im November 1965. Der Grund war, daß sie als unabhängiges Land frei waren, mit jedem anderen unabhängigen Land der Welt zu verhandeln, welches die weiße Herrschaftspolitik Rhodesiens unterstützt oder mit ihr sympathisiert und ihr militärische Hilfe anbieten konnte.

Frage: Warum gab England keine militärische Unterstützung gegen die Guerillas?

Damals konnte England Rhodesien keine Militärhilfe leisten, denn es hatte die Gründung der ZANU unterstützt. Falls es schon 1965 Truppen nach Rhodesien geschickt hätte, wäre die Möglichkeit, die ZANU zu hintergehen, welche die Unabhängigkeit erhandeln wollte, verspielt gewesen. Denn die ZANU hätte sich gefragt, warum man Truppen gegen unser schwarzes Volk schickt, wo man doch über die Unabhängigkeit verhandeln wollte. Eine neue Situation trat ein, als Smith illegal die so-

genannte "Unabhängigkeit" erklärte. Wir kämpften natürlich weiter; Rhodesien verhandelte um Beistand seitens Südafrika. Es sollte Soldaten und Polizisten erhalten, falls es militärische Ausrüstung und evtl. Personal auch von Portugal bekäme. So geschah es. Ende 1965 entdeckten wir, daß in Rhodesien 50 westdeutsche Offiziere tätig waren und daß einige dieser Offiziere Ex-Nazis waren, die die Rhodesier lehrten, wie man Guerillas bekämpft, denn die Deutschen hatten, wie man sagt, aus dem 2. Weltkrieg große Erfahrungen in der Partisanenbekämpfung. Deshalb bildeten sie die rhodesische Armee in Guerilla-Bekämpfung aus und im Bau von Konzentrations-

Bilder von Toten

sollen den wachsenden schwarzen Widerstand gegen Rhodesiens weißes Minderheitsregime brechen. Auf Flugblättern mit Bildern von erschossenen Dorfbewohnern droht die Regierung: „Diese Männer starben, weil sie Terroristen halfen.“ Für ihre Anti-Guerilla-Kampagne nutzen die Weißen außerdem Aberglauben und eine Dürreperiode. Auszug aus einem Handzettel für die Bewohner des „Mount Darwin“-Distrikts: „Einige von euch helfen Terroristen. Mhondoro, euer Stammesgeist, läßt euch sagen, daß die Geister eurer Ahnen sehr böse darüber sind... Deshalb hat es nicht geregnet, deshalb ist eure Ernte verdorrt, und es kann eine große Hungersnot geben. Jetzt kann euch nur noch die Regierung helfen. Aber ihr müßt auch ihr helfen...“ Wie? Die Schwarzen sollen alle Guerillas und Kollaborateure denunzieren.



Rhodesische Regierungsflugblätter

[aus: Der SPIEGEL, 19.3.1973]

lagern. Die perfektesten KZs, die ich in der Welt gesehen habe, sind die von Rhodesien. Ein Entkommen ist unmöglich. Sie sind extrem bewacht. Ich vermute, dies ist ein Resultat der Entwicklung in Deutschland.

Frage: Kannst Du uns Namen dieser KZs, die unter Anleitung westdeutscher Offiziere gebaut wurden, geben?

Eines der berüchtigsten, welches bestimmt unter Anleitung der Westdeutschen gebaut wurde, ist das Gonakudzingwa-KZ, in dem un-

ser Präsident Joshua Nkomo von 1964 bis 1974 interniert war. Es ist in einer sehr heißen Gegend, von Tse-Tse Fliegen heimgesucht, aber auch streng bewacht. Wenn du versuchst zu entfliehen, was dir unter besonderen Bedingungen vielleicht gelingen könnte, dann wäre die Gefahr noch groß genug, daß du den wilden Tieren zum Fraß fällst.

Ein weiteres KZ heißt Connemara Mines, wo übrigens die meisten der ZANU Kollegen gefangen gehalten werden, denn auch die ZANU wurde schließlich verboten. Dieses KZ, sie nennen es ein Gefängnis oder etwas ähnliches, ist in eine verlassene Mine gebaut: unter Tage, du kannst dir vorstellen, was für eine Art Lager das ist.

Im September 1966 fanden wir unter den Opfern einer Guerilla-Operation im Sambesi Tal einen Chinesen. Wir waren überrascht. Wie kam ein chinesischer Offizier in die rhodesische Armee? Wir begannen unsere Untersuchungen und entdeckten, daß Rhodesien Hilfe von Taiwan, der Regierung von Chiang Kai Tschek, erhielt. Daneben gab es natürlich südafrikanische Soldaten als Polizisten getarnt. Wir kämpften weiter, und 1967 verstärkten wir unseren Kampf so weit, daß wir ein militärisches Bündnis mit unseren Genossen vom südafrikanischen ANC eingehen konnten. Und dann, auf dem Höhepunkt der Kämpfe, war das rhodesische Regime fast so weit aufzugeben, hätte es nicht die Hilfe der südafrikanischen Soldaten, damals 3 000, gehabt. Diese Zahl der Soldaten aus Südafrika zeigt schon, wie groß der Druck der Guerillas auf Rhodesien war. Südafrika hätte Rhodesien gern als Pufferstaat gehabt. Anfang 1969 erreichte die Zahl der südafrikanischen Soldaten, die in Rhodesien stationiert waren, die Höhe von 7 000.

Frage:Kannst Du uns etwas über die Entstehung der FROLIZI, über die es bei uns höchst unterschiedliche Informationen gibt, sagen?

In den Jahren 1969 und 1970 hatten wir eine Art interne Krise. Einige Genossen wurden hochgradig opportunistisch, als sie meinten, daß aufgrund der hohen Entwicklungsstufe unseres Kampfes die Unabhängigkeit vor der Tür stehe. Sie glaubten, daß, wenn sie die Guerilla-Armee anführen, die rhodesische Armee besiegen und das Kolonialsystem der Briten beseitigen könnten, sie mit Hilfe eben dieser Guerilla-Armee auch die Führungsspitze der Partei entheben und sich an deren Platz setzen könnten. Der Vize-Präsident Chikerema, der diese Politik betrieb, wollte selbst Präsident werden und er versuchte daher, andere Kollegen der National Führung, welche mit



Rassistischer Terror im Afrikanergebeto in Gwelo, Matabeleland

ihm zusammenzuarbeiten hatten, zu entmachten. Wir leisteten damals Widerstand, denn uns war klar, daß dies den Prinzipien der Partei widersprach. Als er die Armee für seine Zwecke einsetzen wollte, konnten wir einen solch starken Widerstand leisten, daß er schließlich in die Situation geriet, daß er am 1. Oktober 1971 die Gründung der FROLIZI (Front for the Liberation of Zimbabwe) bekanntgab. FROLIZI war also das Ergebnis einer Abspaltung von Leuten unserer Partei, die glaubten, sie könnten in unserer Organisation die Macht usurpieren. Aber keine Guerilla Einheit ging mit ihnen. So sind sie bis jetzt isoliert.⁴⁾

Ich muß erwähnen, daß bei der Bildung der FROLIZI der britische Geheimdienst mitgewirkt hat. Und als die Briten merkten, daß wir aus dem Gleichgewicht geraten waren, schickten sie Douglas Home nach Rhodesien, damit er mit Smith Gespräche über ein Abkommen führte, welches sie den Afrikanern vorsetzen konnten. Falls man es akzeptierte, hätte dies das Ende der Guerilla Gefahr bedeutet. Das ist klar. Nun, sie versuchten es natürlich, und als sie es taten, sagten sie, 'Gut Mr. Pearce, Lord Pearce,⁵⁾ Sie können ausprobieren, ob die Vorschläge für das Volk annehmbar sind'. Genau zu diesem Zeitpunkt wurde der ANC (African National Council) gegründet, und zwar mit dem Ziel, die betrügerischen Vorschläge von Smith und Home zu bekämpfen. Nachdem nun der ANC erfolgreich gewesen war, arbeitete er unter den Bedingun-

gen des rhodesischen Regimes, welches faschistisch ist, weiter.

Frage: Wo sind - geografisch gesehen - die Hauptgebiete Eurer Guerillatätigkeit?

Die meisten der Gebiete, in denen wir kämpfen, liegen im Nordosten, im zentralen Norden, im Westen und Südwesten des Landes, Gebiete, die in der Tat heute umstrittene Gebiete sind. Wir können nicht sagen, daß wir befreite Gebiete kontrollieren. Wenn wir das behaupteten, würden wir nicht die Wahrheit sagen. Aber einige dieser Gebiete, die ich erwähnte, im Norden, Teile des Nordostens und im Westen, können auch nicht vom rhodesischen Regime als kontrollierte Gebiete beansprucht werden. Einige dieser Gebiete sind sehr attraktiv für den Tourismus; heute aber gehört dieses Gebiet den Guerillas. Touristen dürfen dort nicht hin. Man sagt ihnen, daß das rhodesische Regime keine Verantwortung übernehmen könne, falls sie dorthin gingen. Auch das Gebiet der Viktoria-Fälle, einer anderen Attraktion, ist für Touristen gesperrt. Das heißt, wir kämpfen dort.

Frage: Nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens hat England internationale Wirtschaftssanktionen gefordert. Stehen diese Forderungen nicht im Widerspruch zu seinen ökonomischen Interessen in Rhodesien?

Nun, England ist immer darauf bedacht, Wege zu finden, sein koloniales Dasein in Rhodesien zu konsolidieren. Als die UDI⁶⁾ gebildet wurde, versuchte deshalb England gegen Rhodesien ökonomische Sanktionen zu verhängen. Es veränderte die Weltmeinung dahinge-



"Nein" zum weißen Minderheitsregime sagt dieser afrikanische Arbeiter in Rhodesien und fordert "Wir wollen, daß die Mehrheit regiert".

hend, daß Smith derjenige sei, der das Verbrechen begangen habe, und daß man folglich ihn mittels ökonomischer Sanktionen vernichten müsse. Aber England als erfahrenes imperialistisches Land wußte nur zu gut, daß ökonomische Sanktionen niemals das rhodesische Regime zerstören würden.

Die ökonomischen Sanktionen wurden zuerst durch die britischen Konzerne gebrochen. Bis heute operieren alle britischen Firmen in Rhodesien völlig frei und uneingeschränkt. Fragt man England, "Warum operiert Shell in Rhodesien?", antwortete es, "Nein, das ist doch 'Shell-Rhodesia'; 'Shell-Rhodesia' und wir sind nicht verantwortlich. Unsere Shell-Gesellschaften außerhalb Rhodesiens verkaufen kein Öl an Rhodesien, ganz bestimmt nicht, aber unsere Shell-Gesellschaften verkaufen an 'South African Shell'". 'South African Shell' hat eine Raffinerie in Durban. Dieses Öl von Durban wird an einen Vertreter Rhodesiens verkauft, bekannt als Genta. Die Genta transportiert das Öl per Eisenbahn nach Rhodesien. Die Briten sagen, sie kennen die Gesellschaft nicht, es sei ja keine britische Gesellschaft, außerdem wäre nur Südafrika dafür verantwortlich und überhaupt sei dies außerhalb ihres Einflußbereichs. Diese Gesellschaft liefert ständig Öl an ihre eigene Raffinerie in Gwelo.⁷⁾ Die Verteilung des verarbeiteten Öls und der Ölprodukte wird von Shell, BP und Total 'Rhodesia' ausgeführt. Mit den ökonomischen Sanktionen ließen die britischen Imperialisten die internationale Gemeinschaft nach einem Phantom jagen, welches sie nicht fangen konnte. Bis heute ist die rhodesische Wirtschaft äußerst stark. Der rhodesische Dollar ist eine der festesten Währungen.

Frage: Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee, dem das AIB angehört, und die Antipartheidbewegung werden am 15. Februar 1975 ein Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika durchführen. Welche Bedeutung mißt die ZAPU, die durch einen Repräsentanten beim Tribunal vertreten sein wird, dieser Veranstaltung bei?

Was das Tribunal betrifft, welches hier organisiert und im Februar 1975 als Ausdruck der Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte Westdeutschlands mit den kämpfenden Völkern von Namibia, Südafrika und Zimbabwe stattfinden wird, so sind wir sehr froh, daß so etwas in einem der Zentren des Kapitalismus und Imperialismus stattfinden kann. Soweit ich seit meiner Ankunft gestern sehen konnte, ist man in den Zeitungen und im Fernsehen sehr stolz darauf, eine Inflationsrate von nur 7 % zu haben, weil dies die niedrigste in der kapitalistischen Welt sei. Andere

haben eine Inflationsrate, die bei 10 % anfängt. Sie reden von der ganzen Welt und vergessen dabei, daß die sozialistischen Staaten nicht unter Inflation leiden. Wir sind froh, als Gast am Tribunal teilnehmen zu können, denn sein Ziel ist klar: die Bevölkerung der BRD soll über den Inhalt und die Ziele unseres Kampfes in unserem Land informiert werden. Außerdem soll aufgedeckt werden, inwieweit die westlichen Länder z.B. mit den politischen Einrichtungen in Rhodesien verbunden sind und welche ökonomischen Interessen bestehen.



Westdeutsche Waren in Salisbury zeugen von den BRD-Verstößen gegen die Sanktionsbeschlüsse der UNO.

Das Tribunal wird auch zeigen, inwieweit Westdeutschland ein aufopferungsvoller Advokat imperialistischer Interessen der Bourgeoisie dieses Landes ist. Die westdeutsche Regierung hat schon in die chemische Industrie Südafrikas investiert und sie hat eine Menge zum Bau von Atomwaffen dort beigetragen. Neben diesem militärischen Aspekt bedeuten die Auslandsinvestitionen eine Verstärkung der Fähigkeit des südafrikanischen Regimes, seine Position zu erhalten, die ihm erlaubt, die Schwarzen zu unterdrücken. Es hat nun die Mittel, noch wirkungsvollere Aggressionen gegen unabhängige afrikanische Staaten auszuführen. Durch die Entwicklung ihrer ökonomischen Potenz stärken sie auch ihre politische Position. Betrachtet man z.B. die Ausbeutungsrate, dann sieht man, daß

Auslandsinvestitionen keinesfalls den Afrikanern helfen. Der Ausbeutungsgrad der Schwarzen ist sechsmal höher als der der Weißen. Dies ist typisch für den Kapitalisten, der solange seinen Cent, Pfennig oder seine Mark investiert, als diese Profit, Netto-Profit bringen. Eine Sache wollen wir auf diesem Tribunal noch unbedingt erwähnen, und zwar die, daß Muttergesellschaften in Europa wegen der hohen Lohnforderungen durch die entwickelte Arbeiterbewegung hier in Europa, einige Einbußen ihrer Profite spüren, obwohl sie natürlich noch immer genügend hohe Profite erzielen. Aber geringe Verluste haben sie doch. Sie bekommen nicht ihre 100 % oder 150 % Profit. Um diese Verluste in ihren eigenen Ländern auszugleichen, benutzen sie die Profité, die Superprofite, die sie aus unserem Land ziehen, wo die schwarze Arbeitskraft so ausgebeutet ist, daß ein schwarzer Arbeiter, der £ 10 bekommt, einem weißen gegenübersteht, der £ 60, also sechs mal soviel erhält. Die Profite aus der Ausbeutung der schwarzen Arbeiter gleichen nun die Verluste in Europa aus.

Das Tribunal sehen wir als einen sehr positiven Beitrag der fortschrittlichen Kräfte der BRD an im gemeinsamen Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Bulawayo ist die zweitgrößte Stadt Rhodesiens und liegt im Südwesten des Landes.
- 2) Salisbury ist die Hauptstadt Rhodesiens.
- 3) Gemeint ist Ndabaningi Sithole, dessen Funktion als nationaler Vorsitzender nicht zu verwechseln ist mit dem Präsidenten, der damals wie heute Joshua Nkomo ist.
- 4) Zeitweilig konnte Chikerema auch einige Mitglieder der ZANU für seine Zwecke gewinnen, die sich aber, nachdem sie die Spaltungsabsichten durchschauten, wieder von ihm trennten. (Aussage von Makonese)
- 5) Lord Pearce war Leiter der Kommission, die die Bevölkerung über ihre Meinung zu dem Vertrag befragen sollte.
- 6) UDI - Unilateral Declaration of Independence - einseitige Unabhängigkeitserklärung vom 11.11.1965
- 7) Gwelo ist eine Stadt in Rhodesien, die zwischen Salisbury und Bulawayo gelegen ist.

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Alfred Babing

Das Militärbündnis der BRD mit dem Apartheid-Regime

Im Gegensatz zu den wiederholten Behauptungen der BRD-Regierung, daß eine militärische Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Rassisten nicht existiere, hat die BRD im Verlaufe der Sechziger Jahre und bis zur Gegenwart andauernd:

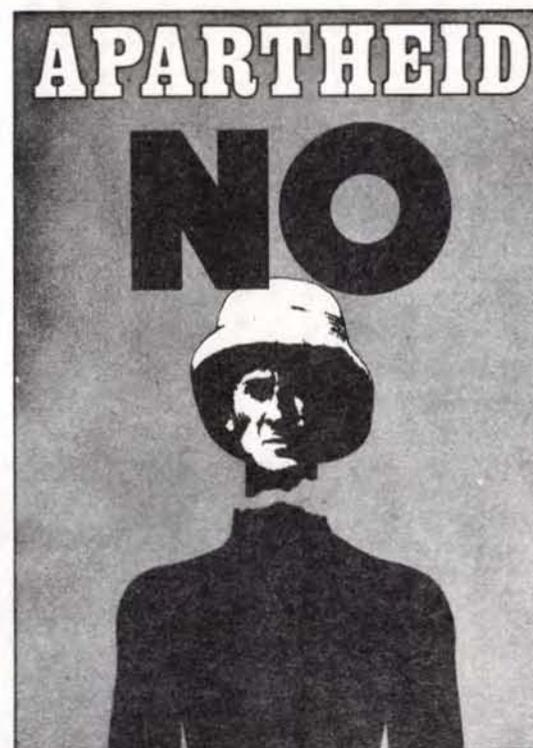
- Waffen und militärische Ausrüstungen nach Südafrika geliefert;
- Produktionslizenzen für Waffen und Ausrüstungen zur Verfügung gestellt;
- die Herstellung von Waffen in den südafrikanischen Zweigunternehmen der BRD-Monopole unterstützt;
- die Produktion und Weiterentwicklung von Giftgasen und chemischen Kampfstoffen in den entsprechenden Zweigunternehmen der BRD-Monopole in Südafrika ermöglicht;
- und schließlich die militärisch-atomare Zusammenarbeit soweit forciert, daß Südafrika heute in der Lage ist, eigene Atomwaffen zu produzieren (Die BRD erhält im Austausch dafür südafrikanisches Uran für die eigene Kernwaffenproduktion).

Militärisches Geheimabkommen von 1961

Die wichtigste vertragliche Grundlage des militärischen Bündnisses zwischen der BRD und Südafrika ist nach wie vor das im Juli 1961 in Bonn abgeschlossene militärische Geheimabkommen. Vom 11. bis 14. Juli 1961 verhandelten Südafrikas Verteidigungsminister J. J. Fouché, sein Staatssekretär de Villiers und der Armeeeoberbefehlshaber Commandant-General P. H. Grobbelaar mit dem damaligen BRD-Verteidigungsminister Franz Josef Strauß und anderen BRD-Regierungsvertretern. Diese Verhandlungen waren koordiniert mit Besprechungen im NATO-Hauptquartier in Paris.

Die Vereinbarung über die strikte Geheimhaltung der Militärverhandlungen war der einzige Punkt, der den Partnern außer Kontrolle geriet und in die Öffentlichkeit drang. Die Dementis des damaligen BRD-Verteidigungsministeriums auf Berichte der internationalen Presse über das Militärkomplott waren — wie die nachfolgenden Tatsachen beweisen — nicht glaubhaft: (Vgl. dazu Associated Press vom 11. 6. 1971, Die Welt vom 12. und 15. 7. 1961, Neue Zürcher Zeitung vom 21. 7. 1961 und Afrika-Post, Heft 5 vom August 1961).

Zum Verbindungsmann für die Realisierung des Abkommens wurde der bereits in Südafrika ansässige Generalstabsoffizier der Hitlerwehrmacht und Spionageabwehrspezialist, Generalmajor Fr. W. von Mellenthin auserwählt. Dieser Mann ist inzwischen pensioniert und wurde aus diesem Anlaß in Südafrika vom BRD-Generalkonsul J. v. Goetz und Schwanenfließ mit dem „Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland“ ausgezeichnet. Mellenthins Schlüsselfunktion im Militärpakt Bonn-Pretoria wurde von der BRD-Regierung — wie es zur Ordensverleihung



hieß — mit der „Anerkennung der um Staat und Volk erworbenen besonderen Verdienste“ gewürdigt. (Afrika-Post, Aug./September 1970)

Ganz sicher ist, daß die über ihn geknüpften Verbindungen und viele Einzelheiten des Militärpaktes Bonn-Pretoria auch bis zur Gegenwart geheimgehalten werden. Daraus erklärt sich, daß die während der Sechziger Jahre stark forcierte militärische Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika nur zu einem geringen Teil in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Dazu gehört zum Beispiel die zwischen beiden Parteien vereinbarte gemeinsame Raketenforschung und Produktion.

Raketen, „Ersatzteile“ und Lizenzen

Der BRD-Konzern Bölkow AG, zu dessen Programm die Raketenforschung gehört, stand und steht mit seinen Aktivitäten in Südafrika in enger Verbindung mit den südafrikanischen Projekten zum Bau von Raketen und

entsprechenden Startrampen. Im Oktober 1968 erklärte der südafrikanische Verteidigungsminister Botha, daß Südafrika in einem Gebiet von strategisch wichtiger Bedeutung, 90 Meilen von der Grenze Moçambiques entfernt, in der Nähe von Kap Vidal eine Raketenbasis erbauen werde. Mit dem Aufbau sei eine nichtgenannte Überseefirma beauftragt.

(Im Juni 1969 bezog sich Botha ebenfalls wieder auf die „nichtgenannte Überseefirma“, als er vor dem Parlament den Einsatz von Lenkwaffen (Allwetter-Boden-Luft-Raketen und Luft-Luft-Raketen) in der südafrikanischen Armee ankündigte, den die Lieferungen dieser „Firma“ ermögliche.)

Nur wenige Monate danach wurde in Südafrika bereits die erste Rakete gezündet, an deren Entwicklung, wie es hieß, ein Forschungsinstitut in der Nähe von Pretoria gearbeitet hatte. Kurze Zeit vor diesem Start war in einer BRD-Zeitung folgendes zu lesen: *„Es steht fest, daß Kap Vidal nicht nur zum Zentrum für die Erprobung modernster Raketen werden wird, sondern gleichzeitig auch zu einer wichtigen Basis der Raketenverteidigung, die die Küsten des Landes schützen und einen Raketenschirm nach dem Norden bilden soll.“* (Handelsblatt vom 13. November 1968)

Es ist sicher kein Zufall, daß der gleiche Mann, der Südafrikas Raketenprogramm verkündete und heute noch vertritt, bereits im Jahre 1966 gegenüber dem „Industriekurier“ die folgende, damals wenig beachtete Äußerung von sich gab: *„Nachdem Südafrika Republik geworden war, bin ich nach Europa gefahren, um Lizenzverträge für gewisse Waffen zu erhalten, ich bin damals mit 27 Lizenzen zurückgekommen.“* (Industriekurier vom 6. April 1966)

Zu den Ländern, die Botha besuchte, gehörte unter anderem auch die BRD. In diesem Zusammenhang ist auch eine andere Nachricht aus dem Jahre 1967 von Bedeutung, die wie folgt lautet:

„Vertreter der Südafrikanischen Republik haben die Absicht, in nächster Zeit (west-)deutsche Flugzeugingenieure, Konstrukteure, Techniker und Handwerker für den Aufbau einer südafrikanischen Flugzeugindustrie anzuwerben.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 1. 1967)

Der gleichen Quelle zufolge soll das Team die Vollmacht zur Anwerbung von 1500 Flugzeugspezialisten gehabt haben. Heute hat Südafrika – wie offizielle Regierungsvertreter schon mehrfach betont haben – eine eigene Flugzeugindustrie und damit die industrielle Basis für die Versorgung eines der wichtigsten Zweige der südafrikanischen Armee.

Darüber hinaus lieferte die BRD „Ersatzteile“ für die Flugzeugtypen F-84, F-86 und G-91 sowie Infrarotsysteme. Am 24. 1. 1970 berichtete die Johannesburg-Zeitung „The Star“, daß die südafrikanische Luftwaffe neun Flugzeuge vom Typ „Transall C-160“ aus der BRD erhalten soll. Die „Ersatzteile“ wurden also zu Aggressionswaffen zusammengebaut.

Die Turbopropssysteme von Transall C-160 baut die BRD in Lizenz. Dieser Flugzeugtyp hat eine Reichweite von 1000 Meilen, kann Truppen, Fallschirmjäger-Einheiten und Panzer transportieren und erweckt damit das besondere Interesse der südafrikanischen Rassisten.

Die Notwendigkeit des Ausbaus der südafrikanischen Luftstreitkräfte mit Hilfe und Unterstützung von Spezialisten und Konzernen aus der BRD begründete der „Industriekurier“ am 9. Januar 1969 mit der „Bedeutung

Südafrikas für die globale Strategie“ der NATO.

Im Juni 1973 wurde durch das „Komitee Freiheit für Angola, Guinea-Bissau und Mocambique“ in der BRD bekannt, daß Südafrika auf dem Umweg über Portugal die Lizenz für den Nachbau von 6 Korvetten des Typs „Joao Continho“ aus der BRD erhalten habe. Dieser Typ war 1970/71 von der Hamburger Werft Blohm und Voss für das faschistische Regime in Portugal entwickelt und gebaut worden.

Ausrüstung der RSA-Kriegsmarine durch Siemens und AEG

Eine allgemein wenig beachtete Seite der direkten militärischen Hilfe der BRD für das Apartheid-Regime ist die Unterstützung, die die südafrikanischen Rassisten durch die Zweigunternehmen der über 300 BRD-Monopole in Südafrika erhalten. Sie produzieren vor allem in den Industriezweigen, die für die militärische Ausrüstung der südafrikanischen Armee wichtig sind (Grundstoff-, Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie), und haben sich in einzelnen Bereichen bereits Monopolstellungen bezüglich der Lieferungen für die südafrikanische Armee erobert.

Wenn zum Beispiel die Manager von Siemens, AEG/Telefunken in großseitigen Anzeigen der BRD-Presse darauf verweisen, daß ihre Südafrika-Zweigunternehmen den weitaus größten Teil der elektrotechnischen Ausrüstungen für Südafrika mit bestreiten, dann ist darin auch die Armee des Rassistenregimes einbezogen. Siemens und AEG/Telefunken haben seit 1968 mit Unterstützung der BRD-Regierung, besonders des Bundesministeriums für Verteidigung, unter dem Decknamen „Advokaat“ einen Auftrag für die Ausrüstung der südafrikanischen Kriegsmarine. Hauptauftragnehmer für das südafrikanische „Armaments Board“ ist die AEG/Telefunken AG in Ulm. Die wertmäßige „Erstausrüstung“ des Projekts „Advokaat“ beträgt mehr als 60 Millionen DM. Alle Teilsysteme des Projekts sollten bis 1971 betriebsfertig sein. Die technische Ausrüstung des Rüstungsauftrages umfaßte:

- Lang- und Kurzwellensender,
- Richtfunk-, Fernsprech- und Fernschreibenanlagen sowie ein modernes elektronisches Datenverarbeitungssystem.

Im Juli 1973 berichtet die BRD-Zeitschrift „Afrika heute“ Tatsachen über die Beteiligung von BRD-Konzernen bei der Ausrüstung der südafrikanischen Armee. Sie bezieht sich auf die Errichtung einer militärischen Überwachungsanlage für den See- und Luftraum im Bereich des Indischen und Atlantischen Ozeans.

In der Nachrichtentechnik, die für den Ausbau der südafrikanischen Armee von besonderer Bedeutung ist, haben sich von den BRD-Konzernen besonders die Siemensgruppe stark engagiert. Dieser größte Elektrokonzern der BRD will seine Investitionen in Südafrika bis zum Jahre 1975 auf 350 Millionen DM erhöhen. Im Geschäftsjahr 1972/73 erzielte die Siemens-South Africa, Tochtergesellschaft der Siemens AG aus der BRD ihren bis dahin höchsten Südafrika-Umsatz mit über 70 Millionen Rand (280 Mill. DM).

Nach Angaben eines Vorstandssprechers sei die weitere Entwicklung des Siemens-Unternehmens in Südafrika „sehr zufriedenstellend“. Allein in der

SÜDAFRIKA-SERIE / TEIL 3

Berichtszeit wurden etwa 60 Mill. Rand (240 Mill. DM) investiert. Der gegenwärtige Auftragsbestand beläuft sich auf einen Wert von 90 Mill. Rand (360 Mill. DM). In diesem Jahr erhielt Siemens-Südafrika weitere bedeutende Staatsaufträge für den Ausbau von Fernmelde-Anlagen. (Handelsblatt, 5. 4. 1973)

Giftgasproduktion mithilfe von Bayer, Hoechst und BASF

Aber nicht nur im Bereich der Nachrichtentechnik wird das aggressive Militärpotential der südafrikanischen Rassisten durch die Hilfe der in Südafrika ansässigen BRD-Monopole erweitert. BRD-Unternehmen aus den Bereichen der Grundstoff- und Schwerindustrie, der Kraftfahrzeug- und Elektroindustrie sowie der verschiedenen Bereiche der Chemieindustrie sind auf direkte oder indirekte Weise an der Ausrüstung der südafrikanischen Armee beteiligt. Besondere Bedeutung kommt der schon seit Jahren andauernden Unterstützung der BRD-Chemie-Konzerne Bayer Leverkusen, Farbwerke Hoechst AG und Badische Anilin- und Sodafabriken für die Armee Südafrikas zu.

Die Chemiekonzerne Bayer-Leverkusen und Farbwerke Hoechst AG produzieren in ihren südafrikanischen Zweigwerken Pflanzenschutzmittel. Aber nur wenige Stunden genügen – wie Fachleute einschätzen – um diese Produktionskapazitäten auf Giftgasproduktion umzustellen.

Hinzu kommt noch, daß durchaus bereits genügend Mengen des äußerst giftigen Nervengases „Gas V“, eine gefährliche Weiterentwicklung des Zyklon-B-Gases, in Südafrika produziert werden konnten. Die Zyklon-B-Spezialisten des IG Farben Trusts sind bekanntlich in den Chemiebetrieben der Farbwerke Hoechst AG von Sasolburg untergetaucht und haben dort Giftgaskombinationen der Nervengase Tabun, Soman und Sarin entwickelt. „Diese Gifte“, so sagte schon 1963 Professor L. J. le Roux, Vizepräsident des „National Council for Scientific and Industrial Research“ Südafrikas, auf einer wissenschaftlichen Tagung in Pretoria, „könnten von Flugzeugen oder Raketen wie Insektenpulver aus der Luft versprüht werden. Dann hätten sie einen ähnlichen Effekt wie eine Atombombe von 20 Megatonnen, seien jedoch erheblich billiger.“

(Reuter, 7. November 1963, New York Harald Tribune, 8. November 1963).

Einsatz von Herbiziden in Mocambique

Derartige Möglichkeiten der billigen und radikalen Vernichtung von Menschen, ohne daß große Zerstörungen angerichtet werden und „künftiger eigener Besitz“ gefährdet wird, haben diese Gifte zweifellos auch für Vorster und Botha so interessant gemacht. Ihre Fabriken können heute täglich mehrere Tonnen „Gas V“ produzieren. Ein Gramm Tabun genügt, um 400 Menschen zu töten. Sarin und Soman sind erheblich giftiger. Alle drei werden von „Gas V“ und seinen Weiterentwicklungen erheblich übertroffen. (Revolution Africaine Nr. 186, 1966).

Im September 1970 wurde bekannt, daß die Farbwerke Hoechst AG für den Ausbau ihres südafrikanischen Zweigunternehmens weitere 100 Millionen DM aufwendet. Im März 1973 berichtete die BRD-Presse unter der Schlagzeile: „Höchst erweitert Aktivität in Südafrika“, daß dieser Chemie-

konzern der BRD gemeinsam mit dem südafrikanischen Chemieunternehmen Sentrachem weitere Kapazitätserweiterungen durch die Inbetriebnahme neuer Produktionsanlagen in der Nähe von Johannesburg vornimmt. (Frankfurter Allgemeine, 10. 3. 1973)

Der Vorsitzende der Befreiungsfront von Mocambique, Samora Machel, hat in einem Interview darauf hingewiesen, daß die in Mocambique versprühten giftigen Herbizide aus Südafrika stammen und ausdrücklich betont:

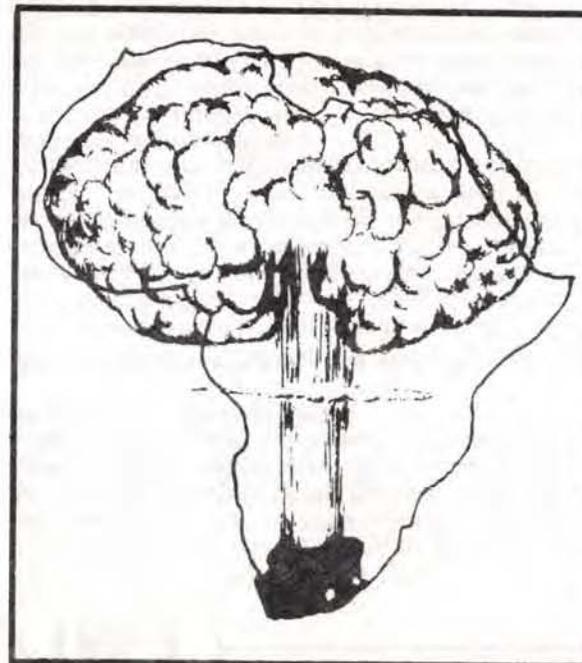
„Die Herbizidfabrik in Südafrika wird von englischem und westdeutschem Kapital kontrolliert.“

(Neue Zeit, Moskau, Nr. 28/1973, S. 22)

Samora Machel erwähnt in diesem Zusammenhang das Geständnis eines südafrikanischen Söldners gegenüber der Londoner Zeitung Sunday Times „der für die ‚Freiheit‘ kämpfte, indem er giftige Herbizide für 60 Pfund Sterling am Tag versprühte. Die Herbizide, die Flugzeuge und die Flieger waren alle Made in Südafrika.“

(Ebenda)

Diese Fakten zeigen die Verbindungslinien zwischen den BRD-Monopolen, den südafrikanischen Rassisten und dem portugiesischen Kolonialregime. Wenn auch die Vertreter der BRD-Konzerne stets behaupten, daß sie dem Rassistenregime keinerlei militärische Unterstützung leisten, so sprechen allein die Tatsachen ihrer Aktivitäten in Südafrika für sich.



Militärisch-atomares Komplott

Ein besonders gefährlicher Aspekt in der Zusammenarbeit des BRD-Monopolkapitals mit den südafrikanischen Rassisten ist zweifellos die militärisch-atomare Kooperation.

Die Versuche der BRD, in Südafrika und Namibia Rohstoffe für die Kerntechnik und Kernforschung zu gewinnen, sind von spezifischen Zügen geprägt. Sie unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht von den BRD-Bestrebungen zur Erlangung weiterer Kernrohstoffe in anderen Staaten.

Von südafrikanischer Seite fällt dabei ins Gewicht, daß das Apartheid-Regime sich keinerlei Kontrolle oder Beschränkung in Bezug auf die friedliche bzw. militärische Kernforschung und auf die Abgabe von Kernrohstoffen unterwirft. Weiterhin ist wichtig, daß die gesamte Kernforschung und die Rohstoffgewinnung unter staatlicher Kontrolle stehen, die durch die Atomic Energy Board (AEB) in Verbindung mit dem staatlichen Elektrizitätsunternehmen ESCOM ausgeübt wird. Hier sind wiederum die wichtigsten Ansatzpunkte für die Bestrebungen der BRD, einerseits Kernrohstoffe auch nach einer möglichen internationalen Kontrolle zu erhalten und andererseits – falls erforderlich – militärische Forschung bis zur Fertigstellung einsatzfähiger Waffen im Ausland (Südafrika) betreiben zu können.

Wie der Vorsitzende der südafrikanischen AEB, Roux, im April 1971 berichtete, sei Südafrika „jetzt in der Lage, eigene Atomwaffen herzustellen“. (Die Welt vom 14. 4. 1971)

Diese Feststellung bestätigt, daß die BRD in dem atomaren Bündnis beider Partner das sogenannte know how bereitgestellt und im Austausch dafür Kernbrennstoffe erhalten hat. Die regierungsamtliche südafrikanische Zeitung South African Digest bekundete bereits 1967 der Kiesinger/Strauß-Regierung besonderen Dank „für die Ausbildung der südafrikanischen Atomwissenschaftler und Atomtechnologen in Westdeutschland“.

Die westdeutsche Regierung bemüht sich besonders um den Ankauf von Uranerz aus Staaten wie Südafrika, die keine Garantie für die ausschließlich friedliche Nutzung des gelieferten Urans fordern. So fließt seit 1967 Uranerz aus Südafrika in die westdeutsche Bundesrepublik.“

(M. Steenbeck, K. Fuchs, J. Mühlenpfordt, K. Rambusch, K. F. Alexander: Wissenschaftlich-technisches Gutachten über die Schaffung von Voraussetzungen zur Produktion von Kernwaffen in der westdeutschen Bundesrepublik, in: Dokumentation der Zeit, XX. Jg., Berlin 1968, H. 417, S. 14–28).

Die Realisierung der Interessen beider Partner auf atomarem Gebiet war von Anfang an keine Angelegenheit auf privatwirtschaftlicher Grundlage (wie in anderen Fällen), sondern wurde auf offizieller Ebene im Rahmen des militärischen Geheimabkommens von 1961 eingeleitet.

Der offensichtlichste Aspekt der atomaren Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria ist die Lieferung von Uranerz und Konzentrat und anderer für die Kerntechnik notwendigen Rohstoffe (Thorium, Beryllium, Chrom, Zirkonium, Vanadium) die in Südafrika in großen bzw. abbauwürdigen Mengen vorrätig sind. Südafrika wird in der Regel an erster, aber oft auch an zweiter und dritter Stelle unter den wichtigsten Uranerzlieferanten der

kapitalistischen Welt genannt. Die erkundeten Uranoxydvorräte Südafrikas werden auf 300 000 Tonnen geschätzt. Seit 1952 wird Uran exportiert. Uran fällt als Nebenprodukt bei der Goldgewinnung an. Von den 27 Goldminen Südafrikas verfügen 11 über Uranproduktionsanlagen.

(Blick durch die Wirtschaft, 23. 3. 1973)

An der Gewinnung von Uranerz und an den verschiedenen Anreicherungsprozessen beteiligen sich in zunehmenden Maße Monopole aus der BRD. Aufschlußreich ist dabei die Tatsache, daß nahezu alle Konzerne, die sich in der BRD mit Kernforschung oder mit der Besorgung bzw. Weiterverarbeitung von Rohstoffen für die Kernforschung befassen, auch in Südafrika durch eigene Zweigunternehmen oder durch Beteiligungen von anderen Unternehmen vertreten sind.

Das neue Uran-Anreicherungsverfahren

Am 20. August 1973 berichtete die Londoner Times:

„Südafrika vervollkommnet Methode zur Herstellung von angereichertem Uran für Waffen.“

Mit einem Aufwand von mehr als 300 Millionen Pfund Sterling soll in der Nähe von Valindaba eine neue Urananreicherungsanlage gebaut werden, die jährlich 12 000 t Uran aufbereitet und daraus 2400 t angereichertes Uran herstellt. Dieses Verfahren sei etwa um 30 Prozent billiger „als in anderen Produktionsstätten der Industrienationen der Welt“.

(Blick durch die Wirtschaft, 27. 6. 1973)

An diesem bis zum Jahre 1980 geplanten Projekt wird die Beteiligung der BRD – so berichtet die BRD-Presse – durch die Steinkohlen-Elektrizitäts AG (STEAG) ausgehandelt.

(Blick durch die Wirtschaft, 4. 9. 1973)

Das Verfahren wurde ganz offensichtlich – wie auch in früheren Fällen – unter Mitwirkung von Kernforschungseinrichtungen der BRD entwickelt, denn die Londoner Times schreibt dazu:

„Es deutet daraufhin, daß die Kernspaltungsmethode (Südafrikas) eine der Methoden ist, die bisher nur in Laboratorien in Europa benutzt wurden. Ein Forschungszentrum in Westdeutschland arbeitet gegenwärtig an der Entwicklung einer Methode für die Gewinnung von stark radioaktivem Material aus Abfallprodukten mittels eines Verfahrens, das anscheinend mit demjenigen zu vergleichen ist, das in Südafrika zur Anreicherung verwendet wird. Es nennt sich das Gegenstromverfahren... Ein deutscher Experte für diese Labormethode sagte vor kurzem zu mir, man könnte erwarten, daß das die Methode ist, die die Südafrikaner vervollkommen haben. Ein Grund wäre die Tatsache, daß billige Energie aus Wasserkraft zur Verfügung steht.“

(The Times, 20. 8. 1973)

So schließt sich die Kette von einzelnen Tatsachen in der militärisch-atomaren Zusammenarbeit zwischen dem BRD-Imperialismus und dem südafrikanischen Apartheid-Regime. Sie ist ein immanenter Bestandteil der aggressiven Politik, die heute von Südafrika und seinen imperialistischen Bundesgenossen ausgeht und die die Unabhängigkeit und Freiheit des ganzen afrikanischen Kontinents bedroht.

USA/Arabische Ölländer

Kissingers unverhüllte Kriegsdrohungen gegen die arabischen Ölländer vom 3. Januar d.J. verrieten Methode: Sie wurden jüngst von US-Präsident Ford und dem Generalsekretär der NATO-Streitkräfte Luns ausdrücklich gutgeheißen. Die ölexportierenden Entwicklungsländer und die demokratische Weltöffentlichkeit wiesen diese 'Kalkulationen' als Rückfall in die 'Kanonenbootdiplomatie' energisch zurück.

Etwas völlig Neues war dieses Washingtoner Säbelrasseln zum Jahresbeginn freilich nicht. Bereits seit Oktober 1974 wurde in den USA offen über die Notwendigkeit und die Erfolgsaussichten einer militärischen Invasion in bestimmte arabische Ölländer diskutiert. CIA-Direktor Colby und sein Vorgänger Helms (jetzt US-Botschafter im Iran) inspizierten in den letzten Monaten Saudi Arabien, Kuwait und Bahrein, die neben Libyen in diversen militärischen Geheimstudien des Pentagon immer wieder als günstigste Operationsziele für die amerikanische Armee auftauchen (Vgl. Der Spiegel, 13.1.1975). Seit Monaten proben US-Rangers in den größten Wüstenmanövern der Geschichte den "Wüstenkrieg", führen US-Flugzeugträger nahe der arabischen Halbinsel Luft-Lande-Übungen für den Tag X durch.



Der Washingtoner Kolumnist Jack Anderson hatte bereits im November letzten Jahres in der Illustrierten Quick "Geheimberichte des Pentagons" wiedergegeben, aus denen hervorging, "daß Libyen das Ziel einer amerikani-

schen Aktion sein könnte". Eine andere Variante - so Jack Anderson - sehe das gleichzeitige Losschlagen von US-Rangers am Arabischen Golf und der israelischen Armee aus nördlicher Richtung vor:

"Aus geheimen Quellen verlautet, daß Israel grünes Licht bekomme, die kuweitischen Ölfelder besetzen zu lassen" (Quick, Nr.48/1974).

Hierzulande versuchte man, die angebliche Unvermeidlichkeit eines militärischen Eingreifens zur Behebung der Wirtschaftskrise der imperialistischen Länder zu suggerieren. Beispielsweise überschrieb die Illustrierte Quick ihre Titelgeschichte vom 21.11.1974:

"In den nächsten 50 Tagen fällt die Entscheidung: Krieg ums Öl - was dann?"

Die Bunte Illustrierte eröffnete just eine Science fiction-Serie mit dem Thema: "Morgen früh beginnt der Krieg ums Öl".

Der Spiegel schließlich wählte zur Illustration seiner Titelstory vom 13. Januar 1975 unter der Schlagzeile "Amerika droht: Schlag gegen die Ölscheichs" die Übernahme des Titelblatts der US-Zeitschrift "New York" vom Oktober 1974 (siehe Faksimile). Dieses Titelblatt zeigt eine Landeoperation von US-Rangers, die sich den Weg zu den arabischen Ölfeldern, mit Kissinger und Ford ("Sollen wir uns von diesen Kerlen mit Dreck beschmeißen lassen?") an der Spitze, freischießen.

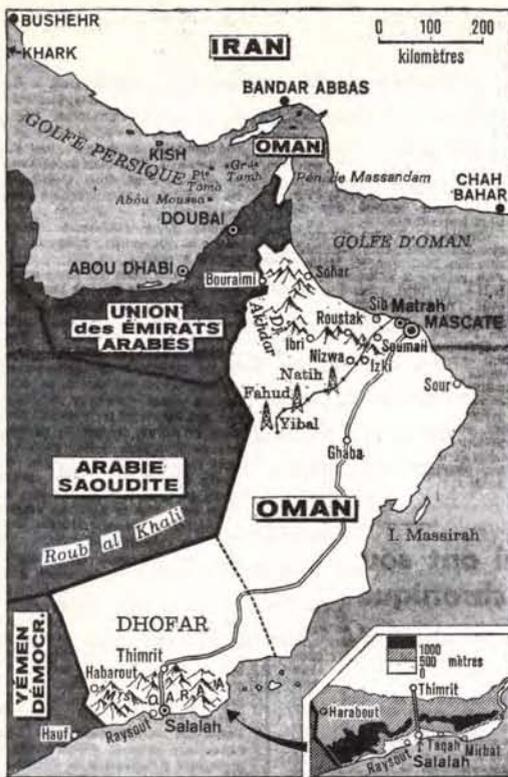
Diese Art von Berichterstattung ist als kalkulierter Versuch zu sehen, hierzulande eine allgemeine Kriegspsychose zu schüren.

Oman

Zur Jahreswende 1974/75 konnte die Volksfront zur Befreiung Omans - PFLO (die Namensumbenennung der Volksfront zur Befreiung Omans und des Arabischen Golfs - PFLOAG in PFLO erfolgte auf dem 2. Kongreß der Befreiungsorganisation im Sommer 1974) in der Provinz Dhofar den Regierungstruppen des Sultans Qabus und regulären iranischen Armeeeinheiten trotz zahlenmäßiger Übermacht empfindliche Verluste beibringen.

Einem Kommuniqué der PFLO zufolge sind allein bei einem Gefecht am 3. Januar 1975 157 iranische und omanische Regierungssoldaten gefallen.

Der Streitmacht des Sultans von Oman mit einer Heeresstärke von 9 000 (u.a. ausgerüstet mit Saladin-Panzern britischer Herkunft), mit einer 200 Mann zählenden Marine und einer Luftwaffe von 800 Mann stehen nur 2 000 Kämpfer der Partisanenarmee der PFLO (hinzu kom-



men die Milizangehörigen in den befreiten Gebieten) gegenüber.

Die oben genannten Verluste erlauben es nicht mehr, den Einsatz regulärer iranischer Truppen - ihre Zahl wird auf inzwischen 11.000 geschätzt - gegen die Kämpfer der PFLO totzuschweigen.

Mitte Dezember 1974, also knapp ein Jahr nach dem Beginn der iranischen Invasion in der Provinz Dhofar, hatte das Schah-Regime erstmalig offiziell seine Beteiligung an den militärischen Kämpfen in Oman und den Verlust iranischer Armeeangehöriger eingestanden.

Äthiopien

Die zahlreichen Versprechungen, die die Militärregierung in Addis Abeba der äthiopischen Bevölkerung nach dem Sturz Haile Selassies (vgl. AIB Nr. 3/1974 und 10/1974) machte, wurden in der Folgezeit nicht eingelöst.

Der Teil des regierenden Militärates, der die berechtigten Forderungen der Massen durchzusetzen gewillt war, entmachtete seinen bisherigen Vorsitzenden und Regierungschef General Andom und ernannte den Brigadegeneral Teferi Banti zu seinem Nachfolger. Dieser legte in kürzester Frist ein Programm vor, in dem die weitere Entwicklung Äthiopiens festgelegt ist.

Innenpolitisch verspricht der neue Militär- rat eine "fortschrittliche politische Partei, die der sozialistischen Orientierung Äthiopiens Rechnung trägt". Die Wirtschaft des

Landes soll staatlich geplant und kontrolliert, eine tiefgreifende Bodenreform durchgeführt werden. Der erste konkrete Schritt auf dem Weg zu einer fortschrittlichen Entwicklung der äthiopischen Wirtschaft war die Verstaatlichung aller Banken, Versicherungsgesellschaften und Finanzinstitute; ein weiterer war, daß die Regierung - als erste äthiopische Regierung überhaupt - ihre Bereitschaft erklärte, über die Zukunft der Provinz Eritrea zu verhandeln. Bisher waren alle Unabhängigkeitsbestrebungen mit militärischer Gewalt unterdrückt worden. Die Außenpolitik Äthiopiens wird - dem Grundsatzprogramm des Militärates zufolge - einen antiimperialistischen und antikolonialistischen Charakter haben. Dazu gehört auch die zukünftige bedingungslose Unterstützung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), deren nächste Ministerratssitzung vom 13. bis 21. Februar diesen Jahres in Addis Abeba stattfinden wird. Zu den sozialistischen Ländern sollen gute Beziehungen hergestellt werden. Mit der Sowjetunion wurde bereits ein Kulturabkommen mit einer Laufzeit von 2 Jahren abgeschlossen.

Die Gewerkschaftsföderation CELU stellte in einer Erklärung dazu fest, der beabsichtigte nichtkapitalistische Weg werde den Interessen der Arbeiter und der werktätigen Massen Äthiopiens entsprechen.

FORUM E

ZEITSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS TRANSNATIONALER POLITIK

FORUM E will:

- Kommunikation zwischen fortschrittlichen Gruppen und Einzelpersonen innerhalb und außerhalb von Organisationen herstellen
- Informationen über soziale Probleme und progressive politische Ideen aus ganz Europa verbreiten
- kritische Analysen der transnationalen Konzentration des Kapitals und Integration der Politik liefern
- zu einem neuen Denken für eine Strategie auf europäischer Ebene beitragen

FORUM E - 5300 Bonn - Markt 4

- Senden Sie mir bitte ein Probeexemplar
- Ich bestelle ein Jahresabonnement: Preis 12,- DM (ca. 10 Exemplare)
- Ich bin an einer Mitarbeit bei FORUM E interessiert und wünsche nähere Informationen

Name:

Stadt:

Straße:

Chile

Die Isolierung der faschistischen Militärjunta nimmt sowohl international als auch in Chile selbst von Tag zu Tag zu.

Die in Pinochets Reden in letzter Zeit sichtbar werdende Unsicherheit der Junta hat ihre Ursache nicht zuletzt in dem von ihr geschaffenen Wirtschaftschaos, von dem breiteste Teile des chilenischen Volkes betroffen sind. So stand das Jahr 1974 für den größten Teil der Chilenen im Zeichen von Arbeitslosigkeit, unzureichenden Löhnen und einer galoppierenden Inflation. Das verhinderte aber nicht, daß die Junta US-Konzernen Millionen von Dollar als "Entschädigung" für die 1971 verstaatlichten Kupferwerke zubilligte.

Angesichts dieser Situation wandte sich die Kommunistische Partei Chiles an die Christdemokraten und forderte sie auf, eine gemeinsame Front gegen die Militärdiktatur zu bilden. In einem Aufruf von Ende Dezember 1974 heißt es: "Chile sieht sich einer ungeheuren Herausforderung gegenüber, es gibt nur eine Antwort darauf: Die Bildung einer breiten antifaschistischen Front."

Zu einem weiteren wichtigen Schritt, um die Junta international zu isolieren, riefen der Vorsitzende des Einheitlichen Gewerkschaftsbundes Chiles (CUT), Luis Figueroa, und der

stellvertretende Vorsitzende, Eduardo Rojas, auf einer Kundgebung des britischen Gewerkschaftsbundes TUC in London auf. Sie appellierten, die chilenischen Arbeiter durch eine Blockade gegen die Diktatur, durch die Verweigerung der Verladung von Waffen und Munition für Chile zu unterstützen.

Auf einer Zusammenkunft von Gewerkschaftsvertretern aus allen Zweigwerken des Automobilkonzerns British Leyland Motor Company wandte sich der Vorsitzende der Executive, Dick Etheridge, gegen die Errichtung eines Zweigwerkes in Chile: "Wir haben nicht die Absicht, der chilenischen Junta Hilfe und Unterstützung zu gewähren, und wir sprechen ganz deutlich aus, daß wir nicht bereit sind, an irgendwelchen Plänen dieser Art mitzuarbeiten."

Wie inzwischen bekannt wurde, wollen auch BRD-Monopole wieder verstärkt in Chile investieren. Der Junta-Minister für Wirtschaftskoordination, Raul Saez, gab auf einer Pressekonzferenz in Santiago anlässlich seines kürzlichen Besuches in der BRD bekannt, daß sich das besondere Interesse bundesdeutscher Unternehmer auf Kupfer, Eisenminerale und andere Metalle sowie auf Zelluloseprodukte richte.

Schulmaterialien und Sportausrüstungen



Viele Sendungen - von Schulranzen bis Fußballschuhen - erreichten in den letzten Monaten die AIB-Redaktion. Sie zeigen das lebhafteste Interesse, das die Aktion Schulmaterialien und Sportausrüstungen für die Kinder in Angola, Guinea-Bissau und Moçambique in allen Teilen der BRD findet.

Wir beabsichtigen nun eine Sendung mit allen bis zum 30. März 1975 eingegangenen Solidaritätsspenden zusammenzustellen. Schickt uns daher alle Materialien möglichst rasch zu und überweist die Geldspenden auf das Solidaritätskonto.

Die Päckchen, Pakete und Briefe, die bei uns eintreffen, zeugen von so viel Einfallsreichtum, Phantasie, und sie geben so viele Anregungen, daß wir einen Erfahrungsbericht veröffentlichen wollen.

Daher unsere Bitte an Alle, die sich an den Sammelaktionen beteiligt haben: Schickt uns, wenn möglich bis zum 1. März d.J. einen Bericht über Eure Aktion; schreibt uns, wie die Spenden gesammelt, welche Erfahrungen gemacht wurden und welche Anregungen weitergegeben werden sollten. (Bild- oder Photomaterial legt bitte bei).

Sachspenden erbitten wir an die Adresse der Redaktion:
Antimperialistisches Informationsbulletin
355 Marburg/L., Liebigstr. 46

Geldspenden auf das Konto:
Sonderkonto W. Breuer, Köln
Postscheckamt Köln, PSchK 171387